

Kulturkampf

Wie Obamas Gesundheitsreform die USA polarisiert

Vertretung

Gerfried Sperl über die politische Rolle der ÖH

Rechtsdrall

In Europa geben Rechte den Ton an, was tun?

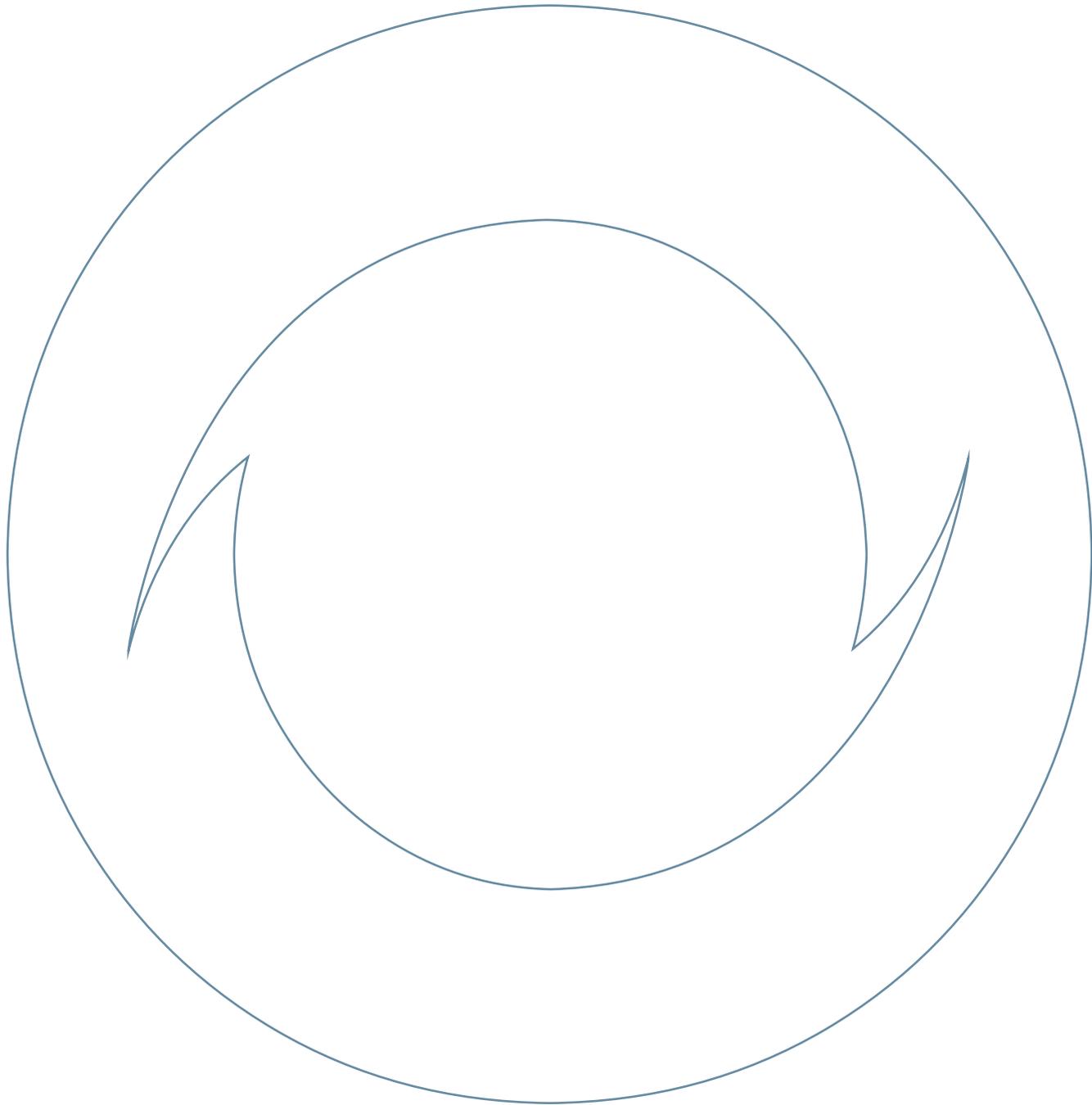
Meilenstein

Warum es eine neue Hertha Firnberg bräuchte

Der akademische Adel Bildung als Erbrecht.

Pb. b. | Erscheinungsort/Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ0Z031545 | M | EUR 0,73

PROGRESS lesen heißt abonnieren.



Wer **PROGRESS** haben möchte, ist mit einem Abonnement gut bedient. Das kostenlose Abo sichert dir dein ganz eigenes Heft - frisch aus der Druckerei. Wer **PROGRESS** mitgestalten möchte, sollte einfach vorbeischaun.

Mehr auf www.oeh.ac.at/progress

Cover

4 Der akademische Adel



Wie die Bildungselite zustande kommt: soziale Selektion im Schulsystem. Bereits in der Volksschule wird entschieden, wer studiert und wer nicht.

6 Kürzen bis der Wohlstand kommt

Der Sinn von Ökonomisierung an Hochschulen ist auch ökonomisch fragwürdig

ÖH

8 Gefordertes Desinteresse

Es gibt immer weniger Studierende, die sich politische engagieren

9 Selbstverwaltet mitgestalten

Was die ÖH alles kann, und was sie nicht kann

10 Vierhundert Euro für eine Stimme

Das E-Voting-Pilotprojekt bei den ÖH-Wahlen war vor allem eines: teuer

10 Sinnlose Konkurrenz

An den Universitäten sind die Studiengebühren abgeschafft, auf den Fachhochschulen wird immer noch gezahlt

11 Zurück zur Elite



Das Universitätsgesetz von 1975 ist heute aktueller denn je. Die Reformen von Hertha Firnberg werden sukzessive zu nichte gemacht.

12 Service, das hilft.

Politik

14 "Don't tax me, bro!"

Die geplante Einführung des Gesundheitssystems in den USA spaltet das Land

15 Rechtsdrill in EUropa?



EU-Kommission und EU-Parlament werden von Konservativen dominiert. Ist progressive Politik in Europa noch möglich?

16 Zu Tode gesichert ist auch gestorben

Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis, deshalb kann mit ihr auch so viel Schindluder getrieben werden

Dossier



Woher kommen die Menschen, die in Österreich um Asyl ansuchen? Was treibt sie hierher? Wie sieht ihr Leben aus? Gibt es Perspektiven? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigt sich das Dossier.

18 Jeder Mensch hat das Recht...

Anzahl der in Österreich gestellten Asylanträge je Herkunftsland.

19 Nur für Sex da

Die NGO-Gründerin Joana Adesuwa Reiterer erzählt über ihr Leben und ihre Arbeit

21 Hunger ist kein Asylgrund

Viele ImmigrantInnen haben kein Recht auf Asyl, das trifft sie hart

22 Immigrieren und trotzdem nie ankommen

Ein Gespräch über AsylantragInnen, die trotz akademischem Abschluss nicht arbeiten dürfen

23 Leid und Streit

Die EU und die Nationalstaaten streiten, wer für Asyl zuständig sein soll

24 Ich komme zu dir

Eine Filmdokumentation, die unbegleitete minderjährige Flüchtlinge begleitet

Feuilleton

26 Umkämpft, bedroht, umstritten

Ex-Standard-Chefredakteur Gerfried Sperl über die politische Rolle der ÖH

27 Ausgegrenzt und verspottet

Für Kinder, die gemobbt werden, wird die Schule zur Hölle

28 Weiße Nacht

Eine Rezension über das jüngste Buch von David Schalko

29 MultiTaskingSistas



Die Hip Hop-Crew MTS spricht im Interview über Schubladen, Brüste und Frauenbonus

30 Geduldig in die neue Zeit

Anneliese Rohrer schreibt, warum junge JournalistInnen nicht den Mut verlieren sollten

31 Neuigkeiten aus Europa

Politische Kleinmeldungen aus dem EU-Raum

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Im Universum der Printmedien trieb in den vergangenen Monaten manch kuriose Sumpflüte.

Weil sich das journalistische Verständnis der Progress-Redaktion eher an blühenden Pfingstrosen orientiert als an Sumpflüten, mussten wir vor Erscheinen dieses Heftes erst einmal alte Sümpfe trocken legen. Ob und wie gut uns das gelungen ist, liebe Leserin und lieber Leser, entscheidet bitte selbst. Am besten, indem ihr das alte, neue Progress in die Hand nehmt und darin lest.

Einigen von euch wird auffallen, dass es bei uns einen Relaunch gab. Das Heft hat ein neues Design, das Format ist kleiner geworden und die Artikel dadurch kürzer. Was wir aber beibehalten haben, ist die Aufgabe, der sich das Progress immer verpflichtet sah: Wir wollen Journalismus anbieten, der diesen Namen auch verdient. Das bedeutet: genaue Recherche, Sprachwitz, LeserInnenfreundlichkeit, ein kritischer Blick nach oben auf die Macht und ein solidarischer nach unten auf die Ohnmächtigen.

Im ersten Heft versuchten wir, unseren Kriterien gerecht zu werden – besonders hinweisen möchten wir aber auf folgende Beiträge: Das Dossier (ab S. 18) beschäftigt sich ausführlich mit dem Thema Asyl, die Covergeschichte (S. 4) widmet sich dem akademischen Adel, und im Feuilleton haben wir einen Schwerpunkt zum Thema Mobbing (S. 25 und 27). Besonders gerne machen wir auch auf die prominenten GastschreiberInnen dieser Ausgabe aufmerksam: Anneliese Rohrer schreibt darüber, warum junge JournalistInnen mit Anspruch auf Güte nicht die Hoffnung verlieren sollten – trotz akuter Armutsbedrohung (S. 30), Gerfried Sperl befasst sich mit der politischen Bedeutung der ÖH für Österreich (S. 26), und Robert Muller, Vice-chair der Democrats Abroad Austria, zeigt auf, zu welchen Missständen ein nicht-öffentliches Gesundheitssystem führt (S. 13).

Herbstliche Grüße,

die **PROGRESS**-Redaktion



Der akademische Adel

Das Elternhaus spielt eine entscheidende Rolle dafür, wer ein Hochschulstudium absolvieren kann. Bildungsstand und ökonomische Situation der Eltern beeinflussen uns alle weit mehr, als wir uns das oft eingestehen wollen.

KATHARINA WILDING

Die Eltern haben keinen akademischen Abschluss? Pech gehabt. Noch immer bestimmt in Österreich die soziale Herkunft der Eltern entscheidend über den Bildungsgrad ihrer Kinder. So besuchen mehr als achtzig Prozent der AkademikerInnenkinder das Gymnasium, aber nur jedes zehnte Kind von Eltern mit einem Pflichtschulabschluss.

Die aktuellste Studierenden-Sozialerhebung des Wissenschaftsministeriums untersuchte die soziale Herkunft von Erstsemestern

auf der Hochschule. Fast die Hälfte hatte einen Elternteil mit Matura, ein Fünftel kommt aus einem AkademikerInnenhaushalt (berücksichtigt wurde der Bildungsstand des Vaters). Vor allem an Universitäten sind überproportional wenige Studierende aus bildungsfernen Schichten zu finden.

Stadt-Land-Gefälle. Besonders signifikant ist der Unterschied bei jungen Frauen. Eine AkademikerInnen-Tochter, die in der Stadt aufgewachsen ist, wird mit einer Wahrscheinlichkeit von über sechzig Prozent einen Hochschulabschluss erhalten. Umgekehrt

schließen nur zwei von hundert Mädchen vom Land, deren Eltern lediglich eine Pflichtschule beendet haben, ein Studium ab.

Daraus lässt sich schließen, dass soziale Selektion eben nicht erst auf der Universität beginnt, sondern bereits in frühen Kinderjahren. Und dass Schulerfolg bei weitem nicht nur von Intelligenz und Fleiß abhängt, sondern auch vom Bildungsbewusstsein der Eltern, von Sprachkenntnissen, der finanziellen Situation der Familie oder vielleicht auch nur von einem eigenen ungestörten Raum zum Lernen.

Oft sind es überhaupt die „weichen“ Faktoren, die am Ende den

Unterschied zwischen Erfolg und Misserfolg in der Schule ausmachen.

Wird „Kopfarbeit“ von meinem Umfeld als anstrengende Arbeit akzeptiert? Überblicken meine Eltern meinen Schulstoff, um ihn mit mir zu Hause zu wiederholen? Widersprechen sie mir, wenn ich aus einer Laune heraus beschließe, die Schule abzubrechen? Oder sind sie froh, wenn ich möglichst früh mein eigenes Geld verdiene?

Schule als Ausgleich. Ein Raum, in dem diese Ungleichheiten ausgeglichen werden könnten, wäre die Schule. In Österreich passiert zur Zeit aber das Gegenteil: soziale Ungleichheit wird in der Schule verfestigt.

Österreichs SchülerInnen werden bereits im Alter von zehn Jahren aufgeteilt zwischen Hauptschule und Gymnasium. Eine Differenzierung, die in Europa beinahe einzigartig ist. Barbara Ischinger, Bildungsdirektorin der OECD, sagte zu einer österreichischen Tageszeitung: „Unsere Studien, aber auch die von fast allen anderen Fachleuten kommen zu dem Schluss, dass diese frühe Trennung soziale Ungleichheit zementiert und dabei keine besseren Ergebnisse produziert.“ Niemand könne zuverlässig über Talent und

FAKTEN ZUM THEMA

- nur rund 20% der Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten besuchen eine AHS, aber fast 40% aus nicht-armutsgefährdeten Haushalten.
- über 10% der Kinder an Sonderschulen geben türkisch als Umgangssprache an, an AHS-Unterstufen sind es rund 2%.
- neben Deutschland ist Österreich EU-weit das einzige Land, das SchülerInnen bereits nach vier Schuljahren selektiert.
- rund 45% aller inländischen StudienanfängerInnen haben einen Vater, der zumindest eine Matura hat.
- jedeR fünfte StudentIn kommt aus einem Akademikerhaushalt (Vater mit Hochschulabschluss)
- nur rund 16% der Studierenden sind neben dem Studium überhaupt nicht erwerbstätig.
- das häufigste Hindernis beim Studienfortschritt ist die schlechte Vereinbarkeit von Studium und Beruf.
- nur rund 20% eines Jahrgangs schließen ein Studium ab.



Potential eines zehnjährigen Kindes urteilen.

Diese Bildungspolitik führt dazu, dass Österreich derzeit mit einer AkademikerInnenquote von 18 Prozent noch neun Prozentpunkte unter dem Schnitt der OECD-Länder liegt. Noch schlechter sieht es mit den Zahlen bei jenen aus, die ihr Studium auch abschließen. Laut der aktuellen OECD-Studie „Education at a Glance“ erwerben in Österreich nur knapp zwanzig Prozent eines Jahrgangs einen akademischen Abschluss. Damit liegt Österreich unter den 24 verglichenen Ländern auf Platz 22, nur Slowenien und Griechenland haben noch schlechtere Abschlussraten.

Warum beenden so viele Studierende ihr Studium nicht? Die aktuellste Studierenden-Sozialerhebung legt eine Antwort nahe. Auf die Frage, was den Studienerfolg behindere, nannten die Meisten, sie könnten ihr Studium nicht mit ihrem Job vereinbaren. Und die erwerbstätigen StudentInnen stellen in Österreich keine Minderheit dar. Sechzig Prozent arbeiten neben dem Studium, vierzig Prozent davon während des gesamten Semesters. Ein Großteil der Befragten gab als Grund dafür finanzielle Schwierigkeiten an, nur wenigen ging es darum, Berufspraxis zu sammeln.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Studierende aus finanziell schlecht gestellten Familien werden in Österreich von der Volksschule bis zum Studienabschluss strukturell benachteiligt. Dass Menschen aus einkommensschwächeren Schichten im Durchschnitt nur eine niedrigere Bildung erhalten, ist kein Naturgesetz – sondern zu einem gewichtigen Teil eine politische Entscheidung. Laut „Education at a Glance“ bringen AkademikerInnen dem Staat Österreich durch Steuern und weniger Ausgaben im Gesundheitssystem rund 40.000 Dollar mehr, als sie ihn kosten. Alleine das sollte eigentlich Anreiz genug sein, den Zugang zum Studium nicht zu beschränken – sondern auszuweiten. ◀

Die Autorin studiert Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft in Wien.

Weiterführende Quellen:

- www.sozialerhebung.at von Studierenden Sozialerhebung
- www.bmukk.gv.at/schulen/sb/nbb.xml von Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009
- www.oecd.org/edu/leag2009 von Education at a Glance 2009
- www.statistik.at/web_de/services/publikationen/5/index.html?id=5&listid=5&detail=508 von Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2007/2008





Kürzen bis der Wohlstand kommt

Quer durch Europa gibt es an den Universitäten Widerstand gegen die Ökonomisierung der Bildung. Was aber ist eigentlich gemeint mit der viel zitierten „Ökonomisierung“? Und vor allem: Wie betrifft sie Studierende?

JULIAN SCHMID

Ökonomisierung klingt neutral – ist aber ein höchst politischer Vorgang. Es bedeutet mehr soziale Selektion und Elitenbildung, egal ob im Kindergarten, in den Schulen oder den Universitäten.

Wie es dazu kam. In den Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre begann der Motor zu stottern, der Europas Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg antrieb. Als Reaktion arbeiteten konservative PolitikerInnen daran, die Meinung zu sähen, der Wohlfahrtssaat sei unfinanzierbar und vernichte die Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Ihre Saat ging auf. Im Laufe der drei vergangenen Dekaden wurden die Sozialstaaten mehr und mehr zu Wettbewerbsstaaten umgerüstet. Bildung wurde als zentraler Standortfaktor entdeckt – vom Kindergarten bis zur Hochschule. Speziell die Universitäten, als wichtiger Wachstumsmotor, sollten „effizienter“ werden.

Da die Universitäten da aber nicht mitmachen wollten, wurde ihr auf Demokratie aufgebautes System zerstört. Nicht mehr akademische Mehrheiten gaben von nun an den Ton an, sondern betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Faktoren. Wer nicht mitmachte, dessen Budget wurde zusammengekürzt.

Bildung sollte nicht mehr als Grundrecht, sondern als Investition in das eigene „Humanka-

pital“ wahrgenommen werden. Diese Meinung wurde von neoliberalen Lobbys und Konzernen jahrelang modelliert, die bis heute viel Geld und Kraft in die Reform der europäischen Bildungssysteme stecken. Der Zweck dahinter: Die Unis sollten unter Budgetdruck und dem Anreiz privater Investitionen dazu gebracht werden, den Unternehmen AbsolventInnen in Aussicht zu stellen, die speziell an die dortigen Arbeitsplätze angepasst sind. Damit sollten die Gewinne der Unternehmen erhöht werden. Die Europäische Industriellenvereinigung (ERT) beklagte 1995, dass „die Industrie momentan zu wenig Einfluss auf die Lehrpläne hat“ und „(dass, Anm.) die Lehrenden nur ein ungenügendes Verständnis von Geschäft, Profit und den Bedarf der Industrie haben“.

„Mangelnder Unternehmergeist.“ Die EU-Kommission wiederum zeigte sich 2005 in einer Mitteilung besorgt über den „mangelnden Unternehmergeist der Hochqualifizierten“. Das ist die Melange, aus der alle jüngeren Bildungsreformen bestanden – auch in jene Österreich.

Der ökonomische Sinn hinter dem gesamten Projekt der „Ökonomisierung“ ist zumindest fraglich: Es ist alles andere als sicher, ob die Beschränkung auf eine „Elite“ volkswirtschaftlich nützlich ist, wenn gleichzeitig die Breitenbildung vernachlässigt wird – eher ist das Gegenteil anzunehmen. Die Widersprüche fangen damit aber erst an: Aus der Sicht einer neoliberalen Politik der „Ökonomisierung“ werden zwar mehr (betriebswirtschaftlich fähige) AkademikerInnen benöti-

gt, auf der anderen Seite sollen aber die Ausgaben dafür sinken. Das kann nur gelöst werden, indem die Studierenden selbst Beiträge zahlen, die Studienzeiten verkürzt werden, die Universitäten attraktiv für private Investitionen werden – und vor allem: indem die Universitäten zum Sparen angehalten werden. Was aber machen sparende Universitäten? Sparende Universitäten wollen über Zugangsbeschränkungen erreichen, dass sie möglichst wenig Studierende ausbilden müssen. Das führt zu einer sinkenden AkademikerInnenquote.

Zugangsbeschränkungen sind noch aus weiteren Gründen hinterfragenswert: Sie benachteiligen empirisch gesehen Menschen aus ärmeren Familien und Frauen. Denn auch wenn von Zugangsbeschränkungen formal alle gleich getroffen werden, haben sie tatsächlich sehr unterschiedliche Konsequenzen für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen.

Zusammengefasst kann gesagt werden: Die Regierungen in Europa versuchen, das gesamte Bildungssystem zu einer Ausbildungsstätte zu machen, die der Privatwirtschaft in die Hand arbeiten soll. Wissen, welches betriebswirtschaftlich nicht direkt anwendbar ist, soll nur noch einen marginalen Platz auf den Lehrplänen finden.

Das könnte sich als folgenschwerer Fehler erweisen: Gerade in wirtschaftlich instabilen Epochen steigt die Bedeutung von antizyklischem und kritischem Verständnis. Private Unternehmen können dieses nicht bieten, da der Markt nicht weiß, was Zukunft ist. ◀

Der Autor studiert Volkswirtschaft und Politikwissenschaft.



Sichtbar, greifbar - die neue ÖH

Kommentar der ÖH-Bundesvertretung

Es ist wieder da – das **PROGRESS**, das Magazin der ÖH-Bundesvertretung. Zwar in kleinerem Format, dafür aber wieder vollgepackt mit Geschichten, die es sich zu lesen lohnt. Der Relaunch hat einen Grund – die ÖH-Exekutive hat gewechselt und wird über das Progress hinaus viele Änderungen in der ÖH-Arbeit liefern.

Politik, die wirkt. Service, das hilft. Service ist eine zentrale Aufgabe der ÖH. Beratung, Unterstützung, Rechtsschutz – all das werden wir euch in Zukunft noch besser bieten. Service allein genügt aber nicht, um die Situation der Studierenden langfristig zu verbessern. Deshalb müssen wir verstärkt versuchen, den Anliegen der Studierenden politisches Gehör zu verschaffen.



eva, thomas, sigrid, benedikt

Wir haben uns für die zwei Jahre Exekutiv-Arbeit in der ÖH-Bundesvertretung das Ziel gesetzt, die ÖH wieder sichtbar und greifbar zu machen. Wir wollen besser über unsere Arbeit informieren, und auch darüber, was auf der ÖH passiert und woran wir gerade arbeiten. Besonders wichtig ist uns, die Möglichkeit auszubauen, dass Ihr euch in Zukunft stärker in unsere Arbeit einbringen könnt – mit Ideen, Wünschen, Problemen und vielem anderen. Deshalb gibt es jetzt auch erstmals einen ÖH-Blog unter blog.oeh.ac.at.

Vor der Sommerpause hat die Bundesregierung noch schnell eine Änderung des Universitätsgesetzes durchgedrückt – dessen Folgen eine sehr fragwürdige Studiengangphase und Zugangsbeschränkungen beim Masterstudium sind. Beides muss aber noch im Senat der einzelnen Universitäten beschlossen werden – wir werden unser Bestes geben, um das Schlimmste zu verhindern.

Aktuell arbeiten wir gerade daran, dass in das Fachhochschulstudien-gesetz endlich vernünftige studienrechtliche Bestimmungen aufgenommen werden – FH Studierende bewegen sich im Moment noch weitestgehend im rechtsfreien Raum, was Prüfungsrecht und Mitbestimmungsmöglichkeiten betrifft. Hier braucht es dringend Verbesserungen.

KURZMELDUNGEN

Mehrsprachige Beratung. Ab sofort können sich StudentInnen in der ÖH Bundesvertretung in vielen verschiedenen Sprachen beraten lassen. Das soll vor allem nicht-österreichischen StudentInnen helfen, sich im Hochschul-Dschungel besser orientieren zu können. Abseits der englischen Beratung, die standardmäßig zu den Beratungszeiten des Referats für ausländische Studierende stattfindet (Di 10-12, Do 15-18, Fr 9-12), bieten wir Beratung auf Türkisch (Dienstag Vormittag), Spanisch (Donnerstag Nachmittag), Polnisch, Bulgarisch, Bosnisch/Serbisch/Kroatisch und Slowenisch (Terminvereinbarung per Mail) an.

Die neuen Broschüren sind da. Mit Beginn des neuen Studienjahres gibt es nun auch Neues an Informationsmaterial für Studierende. Nachdem der diesjährige ÖH-Kalender schon länger in den Händen der StudentInnen schwirrt, wurde jetzt auch die Sozialbroschüre neu aufgelegt. Diese bietet Informationen zu Förderungen, Versicherungen, Beihilfen und ähnlichem. Weiters gibt es nun auch wieder den neuen Steuerleitfaden für StudentInnen, der darüber informiert, wann und wie Steuern zu zahlen sind, sowie die Broschüre „Studieren und Arbeiten“, die helfen soll, beides zu vereinen.

Raum sucht kreative Frauen. Politisches, kreatives, wissenschaftliches Denken und Handeln ist erst möglich, wenn es auch den Raum dazu gibt. Der Uni-Frauen-Ort (UFO) ist eine Wohnung in der Berggasse, in der Nähe des Hauptgebäudes der Universität Wien, wo zwei Arbeitsräume mit unterschiedlichen Ressourcen und Flair auf neue Mitgestalterinnen und Initiativen warten. Der Raum soll für Studentinnen ein autonomer, gestaltbarer Raum sein, um eigene Projekte umzusetzen und bietet dazu eine Infrastruktur und die Möglichkeit zur Vernetzung.

Gefordertes Desinteresse

Die Wahlbeteiligung der letzten ÖH-Wahl lässt es vermuten, der mediale Diskurs bekräftigt es: Studierende haben heutzutage keine wirkliches Interesse mehr an politischer Partizipation. Jetzt gibt es auch noch Unterstützung aus der Wissenschaft.

JULIANE SOYKA

Beate Großegger vermutete es schon lange: Die Studierenden von heute seien weniger politisch als früher. Um ihre Vermutung zu untermauern, startete sie eine Studie, die den Politisierungsgrad junger Menschen herausfinden wollte. In persönlichen Gesprächen mit 16 bis 26 Jährigen kamen ihr Aussagen zu Ohr, die ihre Vermutung stützten.

Laut Studie geht es vorwiegend um das eigene Befinden, dass den Ausschlag für Denken, Fühlen und Handeln jeder einzelnen Person gibt. Politik wird als eine Art Dienstleistung verstanden, PolitikerInnen sind sozusagen Menschen, die ihren „Dienst“ an den Bürgerinnen und Bürgern leisten. Es geht darum, dass politisches Handeln individuellem Nutzen bringt. Solidarisches Handeln sei schön und gut, aber nur, wenn es dafür entsprechende Gegenleistungen gebe. Bezogen auf politische Forderungen gehe es jungen Menschen angeblich viel weniger um den jeweiligen politischen Inhalt als viel mehr um das Auftreten der einzelnen PolitikerInnen.

Heruntergebrochen auf die Studierendenebene zeigt sich ein ähnliches Bild. Alle zwei Jahre haben die aktuell rund 270.000 Studentinnen und Studenten (Stand: WS 2008/09; www.bmwf.gv.at) Österreichweit die Möglichkeit, ihre gesetzliche Studienvertretung, die ÖH, zu wählen.

Bei den letzten Wahlen im Sommersemester 2009 konnten auch die Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen erstmals ihre Stimme für eine gemeinsame Studierendenvertretung abgeben. Dabei haben von den circa 230.000 Wahlberechtigten gerade einmal 25,70% ihr Wahlrecht wahrgenommen. Seit einigen Jahren sinkt die Wahlbeteiligung bei den Studierendenvertretungswahlen konstant und auch die Beteiligung an außerhochschulischem Engagement geht zurück.

Kritische Avantgarde. Vor allem von Studierenden wird seit 1968 oft erwartet, dass sie die Menschen zu kritischem und reflexivem Denken anregen müssten. Sie sollten Gesellschaftliche Zusammenhänge hinterfragen und politische Gegebenheiten verändern – ja, verbessern wollen.

All zu tief sitzt die Erinnerung an die 68er-Bewegung, die westliche Studierendenbewegung schlechthin. Im Vergleich dazu enttäuschen die heutigen StudentInnen, politische Missstände an Hochschulen werden hingegenommen, oder zumindest nicht so heftig wie früher bekämpft. Es wird immer schwerer, junge Menschen zur Beteiligung an Protestmärschen und Demonstrationen zuzubegeistern. Das eigene politische Gewicht wird nicht ernst genommen. „Das bringt doch eh nix“, ist oft zu hören, oder: „Das betrifft mich doch eh nicht, sollen sich die anderen dafür einsetzen“.

Altruistisches Handeln wird in den meisten Fällen als irrational und unnachvollziehbar abgetan. Dieses Überlegungen schockieren, vor allem die „alten 68erInnen“, die in Erinnerung an ihre Jugend den Duft der Revolution immer noch riechen können, oder zumindest wollen. Überlegungen, die kein gutes Licht auf die StudentInnen der Generation 2000 werfen.

Entmündigt. Doch bei all der Kritik an den unpolitischen Studierenden darf auch nicht vergessen

werden, dass in den vergangenen Jahren sukzessive Möglichkeiten der studentischen Mitbestimmung abgeschafft wurden. Mit der Novelle des Universitätsgesetzes 2002 zum Beispiel wird der Senat, das wichtigste Entscheidungsgremium an der Universität, in dem sich auch StudierendenvertreterInnen (wenn auch nur in sehr geringer Zahl) einbringen können, weiter abgewertet. Auf den Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen zeigt sich ein ähnliches Bild. Solange die Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Studierenden an ihren Hochschulen und in der Gesellschaft im Allgemeinen weiterhin bewusst klein gehalten werden, ist politisches Interesse und politische Teilnahme in vielen Bereichen für diese gar nicht möglich.

Wer also wieder politischere Studierende haben will, der müsste wieder entsprechende Möglichkeiten schaffen, in der Rahmen Politik gelebt werden kann. ◀

Die Autorin studiert Internationale Betriebswirtschaft und Politikwissenschaft in Wien.

„Politik ist für mich das Interesse an der an der Welt“

Laut dem Bild, das in der Öffentlichkeit von Studierenden gezeichnet wird ist, sind sie unpolitisch und interessieren sich für nichts, außer den eigenen Studienerfolg. PROGRESS fragte Studierende, ob das der Realität entspricht. Hier die Antworten:



Anna, Rechtswissenschaft

Politik soll für mich größtmögliche, reale Gleichheit aller Menschen schaffen. Auch wenn ich von der momentanen Parteipolitik enttäuscht bin, fühle ich mich nicht politikverdrossen. In meinen Augen kann jeder Mensch politische Veränderung bewirken – im großen oder kleinen Rahmen.



Julia, Komparatistik und Politikwissenschaften

Politik ist für mich weit mehr als das (Nicht-)Handeln diverser Staatsmänner und -frauen. Politik ist für mich das Interesse an der Welt und ihrer Zukunft. Ein politischer Mensch hat Ideen und Visionen bezüglich der Gestaltung des Miteinanders von Menschen und bestenfalls den Mut, diese zu verwirklichen.



Stefan, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaften

Politik ist der ständige Kampf um Macht, Einfluss und begrenzte Ressourcen. Oft ungerecht und ausbeuterisch, hin und wieder sozial gerecht und nachhaltig; in Österreich in letzter Zeit nur mehr langweilig und frustrierend.

Selbstverwaltet mitgestalten

Seit 1945 gibt es in Österreich eine Institution, die die Interessen aller Studierenden vertritt - die Österreichische HochschulInnenenschaft (ÖH). Heute setzt sie sich für die Rechte der Studierenden und für gute Studienbedingungen für alle ein.

EVA MALTSCHNIG

Starke Vertretung. Fast alle Studierenden (ausgenommen Studierende an privaten Hochschulen) in Österreich sind Mitglied der ÖH. Der Mitgliedsbeitrag wird zu Semesterbeginn eingehoben – er ermöglicht die Unabhängigkeit der ÖH von Regierung, Wirtschaft und politischen Parteien. Die ÖH ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts, was bedeutet, dass die ÖH selbstverwaltend über ihre Agenden entscheidet, welche per Gesetz die Förderung ihrer Mitglieder und die Vertretung der Interessen selbiger sind.

Demokratie ist ein weiterer Grundsatz, dem die ÖH als selbstverwaltete Institution verpflichtet ist – das heißt, dass alle 2 Jahre sämtliche Studierenden ihre VertreterInnen selbst wählen, und das auf verschiedensten Ebenen.

ÖH ist nirgends gleich. So vielfältig wie die Studierenden an den verschiedenen Hochschulen und Studienrichtungen, so unterschiedlich ist auch die Arbeit der lokalen ÖH-Strukturen. Der erste Kontakt mit der ÖH ist für Studierende meist die Studienvertretung – diese kümmert sich zum Beispiel um Beratung im konkreten Studienplan oder arbeitet bei der Erstellung neuer Lehrpläne mit. Je nach Universität können auch Vertretungsebenen eingerichtet werden, die alle Studienrichtungen eines Fachbereichs zusammenfassen (früher „Fakultätsvertretungen“). Es gibt an jeder Universität eine übergreifende Vertretungsebene. Die Universitätsvertretung verhandelt mit Rektorat und Uni-Rat und organisiert je nach Universität auch Beratung und Veranstaltungen für Studierende.

An Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen werden die lokalen Vertretungen von ihren jeweiligen StudiengangssprecherInnen oder -vertretungen, und im Fall der Fachhochschulen auch von JahrgangssprecherInnen konstituiert. Aus ihrer Mitte werden eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender sowie StellvertreterInnen gewählt.

Die ÖH-Bundesvertretung wird seit 2005 nur noch indirekt gewählt – das Studierendenparlament wird nach Maßgabe der lokalen Wahlergebnisse beschickt. Dieser Wahlmodus wurde 2004 von Elisabeth Gehler in einer Nacht- und Nebelaktion eingeführt. Er hätte eine regierungskritische ÖH mundtot machen sollen. Kurzfristig gelang dies nicht, doch mit Zeitverzögerung zeigt sich nun, was dieses mittlerweile nicht mehr so neue Wahlrecht heißt: Die Mehrheitsfindung in der ÖH-Bundesvertretung wird

nahezu unmöglich, die Schlagkraft dieser Institution leidet unter dem undemokratischen System, das die Stimmen der Studierenden je nach Universität unterschiedlich gewichtet.

Service und Politik. Nichts desto trotz wird in der ÖH-Bundesvertretung emsig gearbeitet – zehn Referate, die für unterschiedliche Bereiche zuständig sind, teilen sich die Agenden auf. Zum Beispiel unterstützt das Sozialreferat Studierende im Kampf durch den Beihilfenschwengel, das Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten setzt sich unter anderem für studienrechtliche Mindeststandards an Fachhochschulen ein.

Gemeinsam ist allen Referaten ein Interesse: die österreichische Bildungslandschaft mitzugestalten. Nach dem Motto „Service, das hilft. Politik, die wirkt“ ist die Beratung von Studierenden nur eine Seite der Medaille. Die ÖH bezieht zu Gesetzesentwürfen Stellung, lobbyiert bei verschiedenen gesellschaftlichen PlayerInnen (Ministerien, Gewerkschaften, Hochschul-Vertretungen, etc) für die Interessen von Studierenden und wird auch nicht müde, die wichtigsten Anliegen der Studierenden gebetsmühlenartig zu wiederholen. Studiengebühren oder Zugangsbeschränkungen wären gesell-

schaftlicher Konsens, würde die ÖH nicht immer wieder dagegen eintreten.

Keine eierlegende Wollmilchsau. Viele Probleme der Studierenden lassen sich leider durch gute Vertretungsarbeit alleine kaum lösen. Einerseits ächzen die Hochschulen durch die Bank unter dem rigiden Sparkurs, der seit Jahren die Studienbedingungen verschlechtert. Andererseits werden die Studien immer verschulter und der finanzielle Druck auf die Studierenden steigt – ehrenamtliche Tätigkeiten und damit die aktive Mitgestaltung in der ÖH wird zum Luxus, den sich die Mehrheit der Studierenden, die ihre lehrveranstaltungsfreie Zeit im Nebenjob verbringt, nicht mehr leisten kann.

Die Rationalisierung der bildungspolitischen Auseinandersetzung und damit auch der Hochschulstruktur lässt wenig Raum für eine Körperschaft öffentlichen Rechts. Es liegt an den Studierenden, sich aktiv einzubringen und das Spielfeld wieder zu erweitern.

Die Autorin studiert Soziökonomie und Kunstgeschichte in Wien.

Lesetipp: 60 Jahre ÖH – Broschüre der ÖH-Bundesvertretung, die anlässlich des 60. jährigen Bestehens herausgegeben wurde. Überblick über historische Entwicklungen und Beiträge von ehemaligen ÖHlerInnen. Zum download unter www.oeh.ac.at.



Grafik: Kolda

Vierhundert Euro für eine Stimme

Bei den vergangenen ÖH-Wahlen konnte in Österreich erstmals über das Internet gewählt werden. Das „Projekt E-Voting“ war von Anfang an umstritten und heftig diskutiert. Nun sind die Wahlen geschlagen – doch die Gemüter kommen auch nach Abschluss der Wahl und Auszählung der Stimmen nicht zur Ruhe.

THERESA AIGNER

Fünfundzwanzig Personen erhoben gegen die Wahl Einspruch. Und „praktisch alle Einsprüche richten sich gegen das E-Voting“ sagt Bernhard Varga, Vorsitzender der Wahlkommission.

Was wird beanstandet? Laut Hans Zeger von der ARGE Daten ist das gesamte „System E-Voting“ nicht ausgereift, und wird es auch nie sein. Egal, wie technisch gefinkelt das Konzept auch sein möge, die Transparenz, die für das Akzeptieren eines Wahlergebnisses notwendig sei, werde durch das E-Voting komplett aufgehoben. Ähnlich sieht das auch Peter Purghofer, Professor an der TU Wien und bekennender E-Voting-Kritiker. „Man gibt seine Stimme am Computer ab und muss darauf vertrauen, dass die Prinzipien der geheimen und freien Wahl eingehalten werden. Wir können das nicht selbst überprüfen, wir können es nicht nachvollziehen und wir können es auch nicht verstehen“, sagt er. Er gründete deshalb mit MitstreiterInnen die Online-Plattform *papierwahl.at*,

die die Öffentlichkeit über die Gefahren von E-Voting aufklären will.

Doch nicht alle beurteilen den E-Voting-Versuch bei den ÖH-Wahlen so negativ. Für Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) war es ein Erfolg. Trotz hoher Kosten und geringer Beteiligung zeigt er sich nicht unzufrieden, und sagte einer Tageszeitung, dass „einem Demokratie schon etwas wert sein kann“. € 900.000 um genau zu sein. 2161 Studierende der rund 230.000 Wahlberechtigten nahmen die Möglichkeit zur elektronischen Stimmabgabe wahr, das bedeutet: jede einzelne dieser Stimmen war dem Minister € 403,35 wert. Was sehr viel Geld ist, bedenkt man die übliche Knausrigkeit, wenn es um Geldflüsse in Richtung Universität geht. Der größte Brocken des ausgegebenen Geldes ging noch dazu nicht für technische Maßnahmen drauf, sondern für Werbung. Inserate und kostenlose Kartenleser-Verteilaktionen sollten die Studierenden dazu animieren, ihre Wahl an der elektronischen Urne am Computer durchzuführen.

Für Hahn zählt das nicht. Ihm ist allein wichtig, dass die Wahl „technisch und juristisch okay

über die Bühne ging“. Trotz minimaler Beteiligung und hohen Kosten war sie für ihn ein Erfolg, der den Weg für den Einsatz von E-Voting bei anderen Wahlen ebnet soll. Mehrere ExpertInnen, die von Hahn im Vorfeld der ÖH-Wahl zu Hintergrundgesprächen gebeten wurden, berichten, der Minister plane den Einsatz von E-Voting bei kommenden Nationalratswahlen.

Ob das E-Voting bei der vergangenen ÖH-Wahl nun ein Erfolg war oder nicht, kommt also darauf an, wo gefragt wird. Eines hat es allerdings auf keinen Fall gebracht – eine höhere Wahlbeteiligung: Die lag so niedrig wie noch nie bei einer ÖH-Wahl. Das mutet merkwürdig an: BefürworterInnen führten das Ziel einer höheren Wahlbeteiligung immer als Hauptgrund für E-Voting an.

Die Autorin studiert Journalismus in Wien.

Weiterführende Informationen zum Thema findest du unter:

www.papierwahl.at
wahlcomputer.ccc.de
www.elektrobabe.at/
de.wordpress.com/tag/internetwahlen
www.e-voting.at

Sinnlose Konkurrenz

Im Vergleich mit UniversitätsstudentInnen ist es für die meisten FH-StudentInnen normal, dass Studiengebühren generell eingehoben werden, lediglich vier FHs verlangen keine Studiengebühren.

KARIN SCHÖNHOFER

Dass Studiengebühren als Druckmittel für angehende Studierende genutzt werden, ist für FH-StudentInnen nicht ganz ungewöhnlich. Wie das geht? Der FH-Sektor hat nicht nur im Fachhochschulstudienengesetz (FHStG) festgelegt, dass ein Studienbeitrag (€ 363,36) eingehoben werden darf, sondern ist auch durch die vom Fachhochschulrat herausgegebenen Richtlinien berechtigt, vor der Inkription Ausbildungsverträge abzuschließen. Diese Tatsache bringt die wenigsten zum Grübeln, da dort Rechte und Pflichten beider VertragspartnerInnen geregelt sind.

Kinderschuhe. Der neueste Clou ist jedoch, dass einige FHs darin auch regeln, dass nach einer gewissen Frist die Gebühren bei nicht Antreten des Studiums einbehalten werden dürfen. Dass viele die Fristen so festlegen, dass andere Fachhochschulen zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt gegeben haben, ob die betreffende Person einen Platz erhält, zeigt nur, dass der Fachhochschulsektor noch weit davon entfernt ist aus seinen Kinderschuh herauszuwachsen.

Jede FH möchte die besten StudentInnen aufnehmen. Sind sie das aber noch, wenn sie vor die Wahl gestellt werden zwei Mal € 363,36 zu zahlen, um sich dann wirklich zwischen den

Hochschulen entscheiden zu können?

Am Ende des Tages kann keine Seite glücklich sein: Die Hochschule nicht, die nicht die gewünschten Studierenden hat, um die für sie so wichtigen erfolgreichen AbsolventInnen zu bekommen, und die BewerberInnen nicht, die schon zu Beginn des Studiums unter Druck gesetzt werden.

Konkurrenz im eigenen Sektor. Zielführend kann nur die Möglichkeit sein, die BewerberInnen schon in der Bewerbungsphase gut zu informieren und ihnen die Entscheidung für eine bestimmte FH zu überlassen, ohne sie unter Druck zu setzen.

Auf der einen Seite machen sich die Fachhochschulen also innerhalb ihres eignen Sektors Konkurrenz, auf der anderen Seite treten sie, wenn sie doch einer Meinung sind, über ihre Interessensvertretung, der Fachhochschulkonferenz, gemeinsam auf.

Fakt ist, dass sich im Leben jede und jeder an einem gewissen Punkt entscheiden muss. Auch die Fachhochschulen müssen sich klar sein, ob sie prinzipiell einen partnerInnenschaftlichen Weg gehen oder als KonkurrentInnen agieren wollen.

Die Autorin studiert Kommunikationswirtschaft in Wien.

Zurück zur Elite

Hertha Firnberg forcierte einst eine Demokratisierung der Universitäten und öffnete sie für ArbeiterInnenkinder. Seit einigen Jahren sind ihre Errungenschaften bedroht, Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) arbeitet daran, den freien Hochschulzugang zu zerstören.

NATASCHA STROBL

Das Universitätsorganisationsgesetz von 1975 war ein Meilenstein für die Entwicklung österreichischer Universitäten. Das Gesetz trug maßgeblich die Handschrift der damaligen SPÖ-Ministerin Hertha Firnberg, die damit folgendes initiieren wollte: die Transparenz aller universitären Entscheidungen und demokratische Mitsprache und Mitbestimmung aller Menschen, die an der Hochschule tätig sind. Dies alles sollte der Qualität von Forschung und Lehre dienlich sein. Zusätzlich sollte die Verantwortung zwischen Universität und Gesellschaft geteilt werden, so der damalige Beschluss.

Am 10. Juni 2009 wurde das Universitätsgesetz von 2002 novelliert. Damit werden Bachelor- und Masterzugangsbeschränkungen ermöglicht, Studieneingangsphasen (die knock-out-Prüfungen gleichen) verpflichtend und die demokratische Mitbestimmung der Studierenden beschnitten.

Umbau. Der Umbau des Hochschulwesens nach den Kriterien einer konservativen und wirtschaftsliberalen

Ideologie hat schon vor knapp zehn Jahren begonnen. 1999 einigten sich die europäischen WissenschaftsministerInnen auf die Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraums. Von Seiten der schwarz-blauen Regierung wurde das als Freischein zur kompletten Neukonzeptionierung nach den schon erwähnten Kriterien gesehen. Ministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) führte die Studiengebühren ein, ihr Nachfolger Minister Johannes Hahn (ÖVP) die Möglichkeit, Zugangsbeschränkungen zu installieren.

Veränderungen. Die österreichischen Universitäten folgten bis in die 70er dem Muster der Ordinariuniversität. Diese Form der Universitätsorganisation beschreibt ein Modell von mehr oder weniger lose miteinander verknüpften Instituten, denen jeweils eine Professorin oder ein Professor vorsteht. StudentInnen haben nicht ein Fach studiert, sondern bei einem der ProfessorInnen. Diese Struktur bedeutete, dass Studierende den Lehrenden völlig ausgeliefert waren.

Hertha Firnberg, die erste Wissenschaftsministerin Österreichs, hat dies am eigenen Leib erfahren, als ein Professor sich weigerte, Frauen bei ei-

ner Prüfung positiv zu benoten. Sie musste ihr Studium wechseln, um sich dieser Schikane zu entziehen.

Als Ministerin änderte sie dieses System radikal zu Gunsten der Studierenden. Die Ordinariuniversität wurde zur Gruppenuniversität. Zum einen schaffte sie die Studiengebühren ab, die bis dahin nur einer kleinen Elite ein Universitätsstudium erlaubten. Zum anderen änderte sie die innere Struktur der Universitäten. Die mächtige Position der ProfessorInnen wurde zu Gunsten eines Mitspracherechts beschnitten, von dem nun alle an der Universität vertretenen Gruppen profitieren sollten.

Drittelparität. Damals wurde auch die Drittelparität eingeführt. Das bedeutete, dass Studierende, AssistentInnen und ProfessorInnen nun gleichberechtigt über die Vorgänge an den Universitäten entscheiden durften. In einigen Bereichen musste die geplante Drittelparität aber zu Gunsten von 50 Prozent ProfessorInnen und jeweils 25 Prozent Studierende und AssistentInnen aufgegeben werden, weil der Widerstand der ProfessorInnen gegen die neue Regelung zu groß war. Sie drohten mit Streik und zeigten sich von Firnberg „persönlich enttäuscht“. Firnberg konterte lakonisch, dass „die Männer so schrecklich emotional“ seien und sah dem Streik gelassen entgegen, weil „die Herren Professoren nicht so unentbehrlich sind, wie sie glauben. Dass nicht geheizt werde oder keine Rechnungen ‘zahlt werden - das würd’ ma ja spürn“. (Firnberg konnte zuvor sowohl die Studierenden, wie die AssistentInnen als auch das Verwaltungspersonal für ihre Reformen gewinnen).

Gegen den ausdrücklichen Willen der ProfessorInnen, der Opposition (ÖVP, FPÖ) und des gesamten konservativen Lagers wurde das UOG 1975 beschlossen. Ein absolutes Novum für ein Bildungsgesetz.

Demokratisierung. Die Öffnung und Demokratisierung der Universitäten führte dazu, dass mehr Leute aus den so genannten bildungsfernen Schichten den Weg an eine Hochschu-

le fanden und diese auch abschlossen. „Mehr ArbeiterInnenkinder an die Universität“ war ein Credo von Firnberg, dem sie sich verpflichtet sah. Auch der Anteil der Studentinnen stieg rapide an. (Diskriminierungen im Ordinariuniversitätsmodell, wie sie das Beispiel Firnbergs zeigte, waren kein Einzelfall). Der offene Hochschulzugang an österreichischen Universitäten war geboren.

Gleichzeitig stieg auch das Budget der Universitäten in den Jahren Firnbergs als Ministerin von 2,3 Milliarden Schilling (1970) auf zehn Milliarden Schilling (1982). Ebenfalls wurden die Planstellen (ProfessorInnen, außerordentliche ProfessorInnen, AssistentInnen) von 8600 (1970) auf 12600 (1982) erhöht.

Rücknahmen. Nach und nach wurden diese Errungenschaften zerstört. Zum einen mit einer schwarz-blauen Regierung, die die Studiengebühren wieder einführt, Universitäten wie Unternehmen geführt wissen wollte und die demokratische Direktwahl der ÖH abschaffte. Zum anderen mit Minister Hahn, der den freien Hochschulzugang abschaffte.

Mittlerweile sind die Universitäten zurück bei einer quasi Alleinherrschaft der ProfessorInnen, die in allen Gremien die Mehrheit stellen. Zugangsbeschränkungen wurden neu errichtet, die Lehre an den Universitäten ist konsequent unterfinanziert und die Universitäten verfügen über zu wenige Planstellen in der Lehre. Das Wissenschaftsministerium stiehlt sich mit der „Autonomie der Universitäten“ aus der gesellschaftlichen Verantwortung.

Die Umstände und Probleme heutzutage gleichen denen vor dem UOG 75, auch wenn das Modell ein anderes war. Das zeigt, dass sich jedes System verändern lässt, wenn der politische Wille dafür da ist. ◀

Die Autorin studiert Skandinavistik und Politikwissenschaft in Wien.

Weiterführende Quellen:

*Marlen Schachinger: Hertha Firnberg. Eine Biographie. Mandelbaum Verlag 2009
www.ris.bka.gv.at - Alle Gesetze der Bundesrepublik sind hier abrufbar, so auch die verschiedenen Universitätsgesetze (UOG)*

Bald kein öffentlicher Ort mehr?

Foto: Archiv





Service, das hilft!

Studiengebührenregelung neu

Mit einer Änderung im Universitätsgesetz dieses Sommers, kommen mit diesem Semester zwei kleine Verbesserungen in der Studiengebührenregelung. StudienbeihilfenbezieherInnen zahlen jetzt keine Studiengebühren mehr und der Einkommensnachweis wird vereinfacht.

Als vor etwa einem Jahr im Nationalrat die Abschaffung der Studiengebühren für den Großteil der Studierenden beschlossen wurde, legte das Wissenschaftsministerium einigen Studierenden noch zusätzliche Steine in den Weg. So mussten im letzten Semester BezieherInnen der Studienbeihilfe, die bisher die € 363,36 rückerstattet bekamen, plötzlich die Studiengebühren bezahlen, wenn sie in einem zusätzlichen Studium über der vorgesehenen Studiendauer waren.

Dieser Missstand wurde nun gesetzlich repariert und alle Studierenden,

die im letzten Semester Studienbeihilfe bezogen haben oder aktuell beziehen, müssen keine Studiengebühren mehr bezahlen.

Vereinfacht wurde auch der Einkommensnachweis für jene Studierende, welchen aufgrund ihrer Berufstätigkeit die Studiengebühren erlassen werden. In diesem Fall kann die Uni selbst die Einkommensdaten über den Hauptverband der Sozialversicherungsträger abfragen. Es ist jedoch erforderlich, auch weiterhin selbständig einen Antrag auf Erlass der Studiengebühren zu stellen, damit das jeweilige Einkommen überprüft wird.

tac ◀

Nähere Infos zur aktuellen Studiengebührenregelung findest du unter www.oeh.ac.at.

Bei Fragen wende dich an das Sozialreferat deiner ÖH oder schreib uns ein Mail an beratung@oeh.ac.at

Kleine Tipps zum Stipendium

Trotz Studienbeihilfe wird es oft gegen Ende des Monats knapp mit dem Geld. Mithilfe einiger Tricks lässt sich die Situation aber zumindest noch ein wenig verbessern. Zwei davon wollen wir euch hier vorstellen.

Zu Beginn jedes Semesters kommt ein großer Haufen Kosten auf uns zu. JedeR ProfessorIn hat eine Seite mit Büchern, die unbedingt notwendig sind um die Lehrveranstaltung erfolgreich abschließen zu können. Wer zudem voll mobil sein möchte, braucht ein neues StudentInnenticket für die Öffis. Blöd, wenn genau in dieser Zeit dann auch noch die Studienbeihilfe ausbleibt, weil der Verlängerungsantrag erst bearbeitet wird. Aber dem kann einfach vorgebeugt werden. Den ÖH Beitrag und gege-

benenfalls die Studiengebühren bis spätestens Mitte September einzahlen und dich damit auf deiner Hochschule rückmelden; dann wird die Studienbeihilfe – sofern auch alle anderen Voraussetzungen erfüllt sind – durchgehend ausbezahlt.

Zusätzlich zur Studienbeihilfe kannst du auch noch einen Fahrtkostenzuschuss bekommen. Dafür musst du eine Kopie deines StudentInnentickets an die Stipendienstelle schicken. Alle BeihilfenbezieherInnen, die mehr als 200km von ihrem Heimatort entfernt studieren, bekommen außerdem automatisch eine Heimfahrpauschale ausbezahlt.

tac ◀

Nähere Infos bekommst du in deinem ÖH Sozialreferat oder unter www.oeh.ac.at.

Schimmelpilze und Bakterien

Dass einE JUS-StudentIn ziemlich häufig mit Paragrafen zu tun hat oder eine BWL-Vorlesung kaum ohne Begriffe wie „Markt“ und „Wirtschaft“ ablaufen wird, versteht sich auch für Nicht-StudentInnen von selbst. Wenn Katrin allerdings erzählt, dass sie „Biomedizinische Analytik“ studiert, folgt ein „Was ist denn das?“ fast zwangsläufig. Sie hat die nähere Erklärung daher schnell parat: „Es ist total vielseitig. Du kannst Routinearbeit machen, aber auch in die Forschung gehen.“ Die Studentin spricht von Histologie, Molekularbiologie, Klinischer Chemie, Immunologie und Hämatologie. Klingt ganz schön kompliziert. Etwas klarer wird das Ganze, als Katrin deutsche Begriffe wie Gewebelehre, das Erstellen von Blutbildern oder das Arbeiten mit Pilzen, Bakterien und Mikroorganismen in den Mund nimmt.

Bis zu 28 Semesterwochenstunden gilt es zu absolvieren. Der Praxisbezug und vor allem die Praktika sind für Katrin „das Um und Auf“. Auf der FH lerne sie die Grundprinzipien, „wenn man eine Arbeit dann aber acht Stunden am Tag macht, dann ist das echt gefestigt.“ Beinahe in jedem Semester gilt es, ein vierwöchiges Pflichtpraktikum zu absolvieren. Beispielsweise in Labors.

Welche Voraussetzungen einE künftigeR StudentIn der „Biomedizinischen Analytik“ erfüllen sollte, beschreibt Studiengangsleiterin Mag. Dr. Christine Seebacher: „Freude und Verständnis an und für Medizin und Naturwissenschaften, soziale Kompetenz und Teamfähigkeit, Verständnis für kranke Menschen und deren Angehörige, Fleiß und Verantwortungsbewusstsein, technisches Verständnis und keine Scheu vor IT.“

Cornelia Kröpl studiert Journalismus in Graz.

„Biomedizinische Analytik“

- sechsemestriges Bachelor-Studium an der FH Joanneum GmbH in Graz
- 39 AbsolventInnen (des seit 2006 bestehenden Studienlehrgangs)
- 40 Studienplätze pro Jahr
- ca. 120 Bewerber pro Jahr
- derzeit 127 Studierende
- 14% Männeranteil

REFERATE DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

Referat für pädagogische Angelegenheiten

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
paedref@oeh.ac.at

Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten (Bzw. Referat für Bildungspolitik)

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
FH@oeh.ac.at, bipol@oeh.ac.at
Beratung: Dienstag 10 - 13 Uhr, Donnerstag 13 - 16 Uhr

Referat für Sozialpolitik

Sozialberatung: Dienstag 10 - 13 Uhr und 19 - 21 Uhr, sowie Donnerstag 13 - 16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 29
sozial@oeh.ac.at

Wohnrechtsberatung: Dienstag 9 - 12 Uhr und Donnerstag 13 - 16 Uhr

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 52
wohnrecht@oeh.ac.at

Sozialfonds: Dienstag und Donnerstag 10 - 12 Uhr

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 22
sozialfonds@oeh.ac.at

Studien- und MaturantInnenberatung

Tel: +43 (0) 1/310 88 80/24 bzw. /25
studienberatung@oeh.ac.at
Montag, Mittwoch: 13-16 Uhr
Dienstag, Freitag: 09-12 Uhr,
Donnerstag: 18-20 Uhr (Mit Schwerpunkt auf Studienberechtigungsprüfung und Berufsreifeprüfung)
Skype: OEH-Beratung

Burgenland und in Niederösterreich
Martin Olesch: +43 (0) 676/888 522 73
Martin.Olesch@oeh.ac.at

Stände bei Berufs- und Studieninformationsmessen und Koordination der Maturantinnen- und Maturantenberatung in Wien

Agnes Wühr: +43 (0) 676/888 522 92
Agnes.Wuehr@oeh.ac.at

Referat für internationale Angelegenheiten

Tel: +43 (0) 1/310 888 0 - 95
Fax: +43 (0) 1/310 888 0 - 36
internationales@oeh.ac.at

Referat für ausländische Studierende

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 65, Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
auslaenderInnenreferat@oeh.ac.at
Dienstag: 10-12 Uhr (englisch, türkisch, deutsch)
Donnerstag: 15-18 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)
Freitag: 9-12 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)

Referat für feministische Politik

Telefon: +43 (0) 676/ 888 52 274
Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
frauenreferat@oeh.ac.at

Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik

Maria Clar: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
oder +43 (0) 676/ 888 52 25 2
maria.clar@oeh.ac.at

Julia Hofmann: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
julia.hofmann@oeh.ac.at

PA alle Referate: Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien



Ein dickleibiger Teufelskreis

Kommentar von Robert Muller

Die mangelnde Gesundheitsversorgung ist in den USA sowohl ein moralisches als auch ein finanzielles Problem. Das moralische Problem sind die 15 Prozent der Bevölkerung, die keine Krankenversicherung haben. Nach Schätzungen sterben jedes Jahr zwischen 20.000 und 40.000 Menschen, weil ihnen der Zugang zu medizinischer Versorgung fehlt.

Das finanzielle Problem sind die steigenden Kosten. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung in den USA machen etwa 17 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BSP) aus. Einigen Prognosen zufolge könnten sie in dreißig Jahren ein Drittel des BSP ausmachen. Kein anderer Industriestaat hat so viele nicht versicherte Bürger oder gibt einen so großen Anteil seines Einkommens für sein Gesundheitssystem aus.

Der Mangel an medizinischer Versorgung hat aber noch andere, unerwünschte Konsequenzen. So sind achtzig Prozent der Feuerwehr-Notrufe in Washington DC eigentlich medizinische Notfälle. (Die Dienste der Feuerwehr sind – im Gegensatz zu denen der Rettung – nicht kostenpflichtig). Für viele Unversicherte wird die Notaufnahme des Krankenhauses zur Hausarzt-Praxis. Unzureichende Krankenversicherung bedeutet auch, dass der Patient sich keinen Zahnarzt leisten kann. Wenn die Zähne faulig sind, essen die Leute keine Dinge mehr, die beißen erfordern, wie Vollkornbrot oder Äpfel. Deshalb ernähren sie sich von Pommes

und Hamburgern, was wiederum zu Dickleibigkeit, Herzproblemen und Diabetes führt – ein Teufelskreis. Eine Studie schätzt, dass sechzig Prozent aller Privatkonkurse in den USA durch hohe Gesundheitskosten verursacht werden, wobei sogar drei Viertel der Betroffenen zuvor eine private Krankenversicherung abgeschlossen hatten, die sich im Nachhinein allerdings als unzureichend erwies.

Die Gegner der Gesundheitsreform behaupten gerne, die Regierung wolle mit ihr schleichend den Sozialismus einführen. Dabei haben bereits jetzt viele US-Amerikaner eine staatliche Krankenkasse. Alle, die älter als 65 Jahre sind, haben Anspruch auf eine vom Steuerzahler finanzierte Gesundheitsversorgung. Pensionierte Militäranghörige bekommen eine kostenlose Behandlung in eigenen staatlichen Krankenhäusern. Zusätzlich versichern „Medicaid“ und das „Children Health Insurance Program“ Arme und Kinder.

Als weiteres wird von Gegnern der Reform oft behauptet, sie sei sehr teuer. Das ist aber falsch: Sie wäre kostenneutral. Präsident Barack Obama will Betrug, Ineffizienz und Verschwendung im gegenwärtigen System beenden. So will er erreichen, dass jeder Amerikaner krankenversichert ist – und das bei gleich bleibenden Kosten. (Mehr dazu auf Seite 14).

Der Autor ist Vice-Chair der Democrats Abroad Austria.

KURZMELDUNGEN

Kritik an Job für Präsidentensohn Sarkozy

Jean Sarkozy steht unter Beschuss. Der 23-jährige Sohn des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy ist zum Vorsitzenden der Behörde EPAD nominiert worden, welche für den Ausbau des Geschäftsviertels La Défense nahe Paris zuständig ist. KritikerInnen werfen Sarkozy Junior mangelnde Kompetenz vor. Der bisherige Chef von EPAD, Patrick Devedjian, verteidigte hingegen die Nominierung mit einem Zitat aus dem Barock-Schauspiel „Le Cid“: „In edlen Seelen hängt Tapferkeit nicht vom Alter ab.“ Über 50.000 Menschen haben eine Petition gegen Jean Sarkozys Nominierung unterschrieben. Die entscheidende Wahl soll Anfang Dezember stattfinden.

Mussolini arbeitete für die Queen

Italiens späterer Diktator Benito Mussolini ließ sich während des ersten Weltkrieges vom britischen Geheimdienst MI5 finanzieren. Das brachten britische Archivdokumente zum Vorschein. Ab dem Herbst 1917 erhielt Mussolini hundert Pfund pro Woche aus Großbritannien, was heute rund 6.500 Euro wären. Zu den Aufgabengebieten des „Duce“ gehörte es, SchlägerInnen zu organisieren, um vor Mailänder Fabriken Friedensdemonstrationen zu stören. Mussolinis Zeitung „Il Popolo d'Italia“ machte zudem Propaganda für den Krieg. Italien war 1915 als Verbündeter Großbritanniens gegen die Achsenmächte Österreich und Deutschland in den Krieg eingetreten.

McCain will Mitte-Kurs für US-Republikaner

Selten war ein US-Präsidentschaftskandidat nach einer verlorenen Wahl so umtriebig wie John McCain. Laut Berichten der Nachrichtenseite Politico.com arbeitet McCain an einer Koalition moderater RepublikanerInnen, die sich mit dem rechten Flügel innerhalb der Partei anlegen will. McCain kündigte an, bei Kongress- und Senatswahlen nur noch moderate KandidatInnen zu unterstützen. Der US-Senator war auch einer der wenigen bekannten Republikaner, die US-Präsidenten Barack Obama zum Gewinn des Friedensnobelpreises gratuliert haben, wohingegen der rechte Parteiflügel Obama mit Hohn und Spott bedachte.

“Don't tax me, bro!”

Die USA sind die einzige Industrienation, die kein staatliches Gesundheitswesen hat. Barack Obama will das ändern. Er ist nicht der erste Präsident, der sich an einer Gesundheits(versicherungs)reform versucht, aber er ist “entschlossen, der letzte zu sein”. Die RepublikanerInnen halten aber dagegen.

YUSSI PICK

John Dingell ist der längstdienende US-Kongressabgeordnete – aller Zeiten. Er sitzt seit 54 Jahren am Capitol Hill. Seit seiner Wahl bringt er zu Beginn jedes parlamentarischen Jahres ein Gesetz zur Abstimmung, das eine umfassende Gesundheitsversicherung für alle einführen würde. Das Gesetz wurde schon von seinem Vater geschrieben, der einst selbst Parlamentarier war.

Es gibt kaum einen Präsidenten in den vergangenen hundert Jahren, der sich nicht an einer Gesundheitsreform versucht hat. Den letzten Erfolg konnte Lyndon B. Johnson im Jahr 1965 verbuchen, als er eine staatlich geführte Versicherung (Medicare) für alle AmerikanerInnen einführte, die älter als 65 Jahre sind.

Bill Clinton war der letzte, der an einer Gesundheitsreform gescheitert ist: Gemeinsam mit seiner Frau Hillary schlug er eine für alle verpflichtende Versicherung vor. Die Republikaner und die Versicherungsindustrie liefen dagegen Sturm, die Reform scheiterte.

Die “Harry and Louise“-TV-Werbungen der Versicherungsindustrie, in denen ein mittelständisches Ehepaar über Rechnungen stöhnt und klagt, dass es sich seinen Doktor nicht mehr aussuchen kann, sind seit damals legendär.

Von Clinton lernen. Obama wollte aus den Erfahrungen der Clintons lernen. Er bemühte sich, die Versicherungsindustrie und andere Stakeholder ins Boot zu holen, was anfangs auch gelang. Das führte jedoch auch dazu, dass ein „Single-Payer-Plan“ – der Staat als einziger Versicherer – von Anfang an ausgeschlossen wurde. Stattdessen sollte eine „Public Option“ eingeführt werden, also eine staatliche Alternative neben den privaten Versicherern.

Wegen der Popularität der Pläne Obamas sahen sich die RepublikanerInnen anfangs gezwungen, ausschließlich die Geschwindig-

keit der Reform zu kritisieren, womit sie zumindest eine Verzögerung erreichten. Doch kurz darauf veröffentlichte die gescheiterte Vizepräsidentenskandidatin Sarah Palin auf ihrer Facebookseite ein Statement, das behauptete, die Reform würde alte oder behinderte Menschen vor „Death Panels“, also vor Todesausschüsse stellen, die ihnen die notwendige medizinische Unterstützung verweigern würde.

Der wahre Kern in diesem Vorwurf ist eine Klausel, die ÄrztInnen erlaubt, Beratung über lebenserhaltende Maßnahmen mit der staatlichen Versicherung abzurechnen. Die Kampagne der RepublikanerInnen wirkte: Demokratische Kongressabgeordnete, die in der Sommerpause in ihre Bezirke zurückgekehrt waren, sahen sich mit Faschismus- und Sozialismusvorwürfen konfrontiert. Die amerikanischen Medien, die sich auch ohne Sommerloch auf alles stürzen was laut ist, verstärkten ihre Berichterstattung und plötzlich schien die öffentliche Meinung zu kippen. Konservative DemokratInnen, die Angst um ihre Wiederwahl hatten, begannen von wichtigen Teilen der Reform Abstand zu nehmen.

Big Government. Die RepublikanerInnen sahen sich in ihrem Kurs bestätigt und sammelten ihre Kräfte hinter der Phrase „Big Government“. Sie ist der Kitt, der die rechten Proteste zusammenhält. Egal ob Konjunkturpaket, Emissionsrichtlinien oder Gesundheitsreform, Obama wird als Gefahr für die amerikanische Freiheit dargestellt.

Auch Fox-News und andere konservative Medien begannen zunehmend damit, in ihren Programmen vor überbordender staatlicher Kontrolle zu warnen. Bilder von einer in Tränen aufgelösten Frau schafften es in die Abendnachrichten: „I want my country back“, plärrte sie. Die Sender zeigten auch Bilder von SüdstaatlerInnen, die extra nach Washington gekommen waren, um Schilder mit der Aufschrift „Don't tax me, bro!“ in die Kameras zu halten. Und auch wenn Obama selbst es abstreiten muss, um keine für ihn gefährliche Debatte zu eröffnen: Auch Rassismus spielt bei den derzeitigen Protesten eine große Rolle. So ist zum Beispiel der Abgeordnete, der den Präsidenten während dessen Rede lautstark der Lüge bezichtigte, einschlägig bekannt: Er stimmte im Jahr 2000 dagegen, die

KonföderiertInnenflagge vom Parlament seines Heimatstaates zu entfernen – jene Flagge, unter der die Südstaaten im BürgerInnenkrieg für die Sklaverei kämpften.

Trotz der republikanischen Schmutzkübelkampagne muss Obama aber auch selbstkritisch sein. Rassismus und „Big Government“-Ängste sind zwar ein Erklärungsmuster für das mögliche Scheitern der Gesundheitsreform, aber keine Entschuldigung für die DemokratInnen.

Mit einem überwältigenden Überhang von siebzig Stimmen im Repräsentantenhaus und einer Sechzig-zu-Vierzig-Mehrheit im Senat haben sie so viele Stimmen wie nie zuvor. Die RepublikanerInnen haben mehr als einmal bewiesen, dass sie keinem Gesetz zustimmen werden, das das marode Gesundheitssystem grundlegend verändert, manche DemokratInnen halten aber noch immer an einem parteiübergreifenden Gesetzesvorschlag fest: Große Koalition auf amerikanisch. ◀

Der Autor studiert Politische Kommunikation in Washington, D.C.



Die RepublikanerInnen werfen Obama vor, mit der Gesundheitsreform in Wahrheit den Sozialismus in den USA einführen zu wollen.

Foto: Novotny

Rechtsdrall in EUropa?

Konservative dominieren Parlament und Kommission der Europäischen Union. Welche Aussichten hat eine progressive EU-Politik?

ALEXANDER FANTA

Wenn man die Globalisierung regulieren will, da kann man mir erzählen, was man will, wenn man da nicht Europa als Hebel hat, dann hat man gar keinen“, sagte Daniel Cohn-Bendit, Fraktionschef der Europäischen Grünen, der bekannt ist für seine pro-europäischen Positionen. Hat er Recht?

Im Juni haben die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein neues Parlament gewählt. Dieses wird von konservativen und rechten Parteien dominiert – deutlicher als jemals zuvor. Die einst starken SozialdemokratInnen wurden auf ein Viertel der Sitze reduziert, aus dem linken Lager legten nur die Grünen zu.

Auf nationaler Ebene, die bei der Ernennung der EU-KommissarInnen wichtig ist, sieht es für die Linke nicht besser aus: Nur sieben von 27 RegierungschefInnen in der EU werden von ihr gestellt. (in Spanien, Portugal, Griechenland, Österreich, Ungarn, Slowakei, Großbritannien).

Bis Mitte der neunziger Jahre stellte die Fraktion der SozialistInnen und SozialdemokratInnen die Mehrheit im EU-Parlament – doch diese Zeiten einer linken Hegemonie sind vorbei, die Rechten haben nun das Sagen in Europa. Und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem der EU-Vertrag von Lissabon kurz vor der Ratifizierung steht, was die EU sehr viel mächtiger machen wird.

Mit der positiven Abstimmung in Irland scheint der Lissabon-Vertrag – also de facto die EU-Verfassung – greifbar. Die Union wird mit dem Vertrag eine Rechtspersönlichkeit, die die Kompetenzen der Nationalstaaten noch enger beschneiden wird. Eine Persönlichkeit, deren Wesen vom Wunsch nach „freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ bestimmt sein wird. Wie mit einem solchen Charakterzug die „Globalisierung reguliert“ werden soll, ist sehr fraglich.

Auf andere Charakterzüge wurde dafür verzichtet, als die Lissabonner „Rechtspersönlichkeit“ erschaffen wurde, sagen KritikerInnen des Vertrags. „Grundsätzliche Dinge wie ein europaweiter Mindestlohn und ein Streikrecht fehlen in der europäischen Gesetzgebung“, kritisiert der Innsbrucker Politologe Arno Tausch. EU-Staaten könnten sich weiterhin gegenseitig Konkurrenz um die niedrigsten Löhne und Sozialstandards machen, um Unternehmen eine Niederlassung

standards könnten durch den Vertrag erstmals in der ganzen EU durchgesetzt werden.

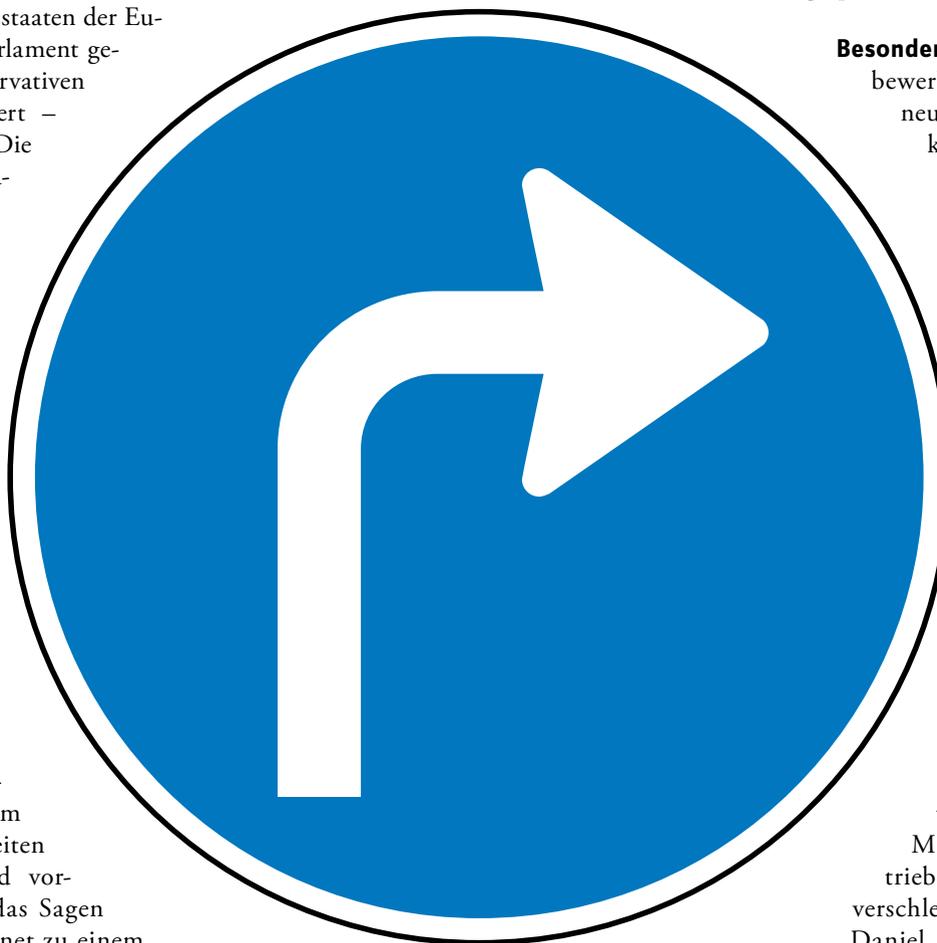
GegnerInnen des Vertrags wollen das nicht glauben. Sie orten bei der, dem EU-Parlament angedachten Rolle demokratische Defizite. Auch in naher Zukunft wird es nicht das Recht haben, eigene Gesetze vorzuschlagen. Die Initiative liegt weiter bei der Kommission, die von den einzelnen Regierungen bestellt wird. Auch das „Europäische Volksbegehren“, das im Vertragswerk vage angesprochen wird, blieb bislang undefiniert.

Besonders betroffen von einem auf Wettbewerb aufgebauten Europa sind die neuen Mitgliedsländer des ehemals kommunistischen Osteuropas. Der Politikwissenschaftler Ulrich Brand sieht die Öffnung neuer Märkte in den östlichen Beitrittsländern als wesentliches Motiv für die EU-Osterweiterung. Versprechungen vom Segen der Marktwirtschaft hätten zu einer wirtschaftlichen „Kolonialisierung durch den Westen“ im Osten Europas geführt. „Es gab zwar einen Wohlstandszuwachs im Osten, aber es öffnete sich auch die Schere zwischen Arm und Reich“, sagt Brand. In zehn Jahren werde die Wende anders diskutiert werden, ist der studierte Betriebswirt sicher. „Es wird gefragt werden: Welche Alternativen sind verpasst worden?“ Mit der Privatisierung von Staatsbetrieben sei jedenfalls „Volksvermögen“ verschleudert worden.

Daniel Cohn-Bendit kann das nicht gegen den Lissabon-Vertrag aufbringen, er setzt auf eine Veränderung von innen. Die Europäischen Grünen müssten es schaffen, „die notwendige Transformation des Kapitalismus zu verbinden mit einer europäischen Positionierung“, sagte er vor kurzem einer österreichischen Tageszeitung.

Wie er sich damit gegen die rechte Mehrheit behaupten will? „Es geht mir auf den Geist, dass es immer nur gegen Nicolas Sarkozy geht, ich bin für Europa“, sagte Cohn-Bendit. ◀

Der Autor studierte Politikwissenschaft in Wien.



schmackhaft zu machen. „Die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen wird so immer größer, das ist ein Tanz ums goldene Kalb“, sagt Tausch.

BefürworterInnen des neuen Grundvertrages beharren trotz solcher Kritik, dass der Vertrag von Lissabon Europa demokratischer und sozialer machen wird. Die Rechte des Parlaments gegenüber der EU-Kommission und dem Rat der EU würden gestärkt werden. Das vom Volk direkt gewählte Parlament hätte nun erstmals die Möglichkeit, in vielen entscheidenden Politikbereichen seine Meinung durchzusetzen. Soziale Mindest-

Zu Tode gesichert ist auch gestorben

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis aller Menschen, erst Sicherheit schafft Vertrauen, sie ist das Nervensystem einer Gesellschaft. Gerade weil sie so wichtig ist, muss verhindert werden, dass in ihrem Namen der Rechtsstaat zerstört wird.

JENNIFER BENDELE

Staatlich geschaffene Sicherheit ist im Idealfall eine Balance zwischen Freiheit und Ordnung. Der Staat soll also ein Gleichgewicht zwischen Überwachung und Rechtssicherheit jedes Menschen herstellen. Wenn PolitikerInnen Überwachungsmaßnahmen legitimieren wollen, argumentieren sie oft mit hohen Aufklärungsquoten und dem Rückgang von Verbrechen – also mit der Möglichkeit zu effektiverer Polizeiarbeit. Aber ist es überhaupt bewiesen, ob mehr Überwachung zu einem Rückgang der Kriminalität?

Jutta Menschik, Professorin für Psychologie in Klagenfurt, sagt, es seien nicht die hohen Strafen für Vergehen, die Sicherheit gewähren, sondern vor allem der Lebensstandard der Menschen. Am wenigsten Kriminalität gibt es in Ländern mit einer hohen Lebenszufriedenheit der Bevölkerung, die vor allem von den Faktoren Arbeit, Bildung,

Gesundheit(svorsorge), sauberer Umwelt und einem guten sozialen Netz beeinflusst werden.

Privatsphäre ade. Nimmt es ein Staat mit den Persönlichkeitsrechten der BürgerInnen nicht so genau, kann man von einem Überwachungsstaat reden. Dieser höhlt das Recht auf Intim- und Privatsphäre aus. Die Steigerung davon ist der Polizeistaat, wie er im Faschismus und Realsozialismus praktiziert wurde. Das Recht der BürgerInnen auf ein Privatleben wurde negiert, infolge dessen konnte sich niemand mehr vor Verleumdungen sicher sein. In dieser vergifteten Atmosphäre konnte man oft nicht mehr seinen nächsten Verwandten oder FreundInnen trauen, da diese möglicherweise als Spitzel für den Staat arbeiteten.

Das Sammeln von Daten durch den Staat ist überhaupt kein Phänomen unserer Zeit, sondern half schon vielen Diktaturen dabei, ihre Feinde aufzuspüren. Insofern ist die Frage, wie viel Sicherheit uns

die Erfassung von Daten tatsächlich bietet, derjenigen gegenüberzustellen, inwiefern sie uns dem Staat ausliefert. Wir leben in Österreich zwar in keiner Diktatur, aber nirgendwo steht, dass das für immer so bleiben muss.

Überwachung 2.0. Eines scheint nämlich klar: die Möglichkeiten für den Staat, seine BürgerInnen zu überwachen, sind ins Ungeheuerliche gestiegen. Nicht auszudenken, welche Überwachungsmöglichkeiten sich für eine High-Tech-Diktatur ergeben würden. Schon jetzt sind die angewandten Mittel gewaltig: Lauschangriff und Rasterfahndung sind in Österreich legal, online kann jeder Schritt überwacht werden, Daten aus dem Gesundheitsbereich werden elektronisch erfasst, fast alle öffentlichen Plätze sind videoüberwacht. Argumentiert wird oft damit, dass die Daten geschützt werden sollen, kann aber wirklich darauf vertraut werden, dass Daten gesammelt werden, um sie zu schützen anstatt sie zu nutzen?

Andererseits ist es aber auch richtig, dass Überwachung helfen kann, Gerechtigkeit herzustellen: gefilmte TäterInnen brutaler Verbrechen können ausgeforscht werden, was für die Psychohygiene der Opfer sehr wichtig ist. Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen kann gegen Vandalismus helfen. Mit Hilfe von Online-Überwachung können Terroranschläge verhindert und Kinderpornografie-Ringe ausgehoben werden. Aber geben diese Möglichkeiten dem Staat das Recht, jedeN von uns wie mit einem Röntgengerät durchleuchten zu wollen?

Sichere Datenverwaltung? Dass die heiklen Daten noch dazu auch in falschen Händen landen können, zeigen die zahlreichen Skandale der letzten Jahre: In Großbritannien sind immer wieder Daten-CDs durch Schlamperei verloren gegangen, mehrmals sogar solche, auf denen Name, Adresse und Kontoverbindungen zehntausender BritInnen gespeichert waren.

In Deutschland wiederum erschütterten der Deutsche-Bahn-Skandal und der Telekom-Skandal das Land: Beide Male wurden MitarbeiterInnen ohne ihr Wissen ausgeleuchtet. Und auch im Lebensmittelhandel häufen sich die Überwachungen von Personal – sogar im intimsten Bereich, den Sanitäranlagen.

In all diesen Fällen kann nicht mehr mit dem Wunsch nach Sicherheit argumentiert werden – hier handelt es sich um Verletzungen der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Unter dem Vorwand der Sicherheit werden von Behörden und Firmen Daten gesammelt, die vor allem einem Ziel dienen: Anhäufung von Macht.

Das zeigt auf, was in der aktuellen Sicherheitsdebatte falsch läuft: Sicherheit und Überwachung werden fast immer in einem Atemzug genannt. Dies ist ein Betrug an den BürgerInnen. Wer mit dem Grundbedürfnis nach Sicherheit spielt, zerstört die Grundlage unseres Zusammenlebens: das Vertrauen. ◀

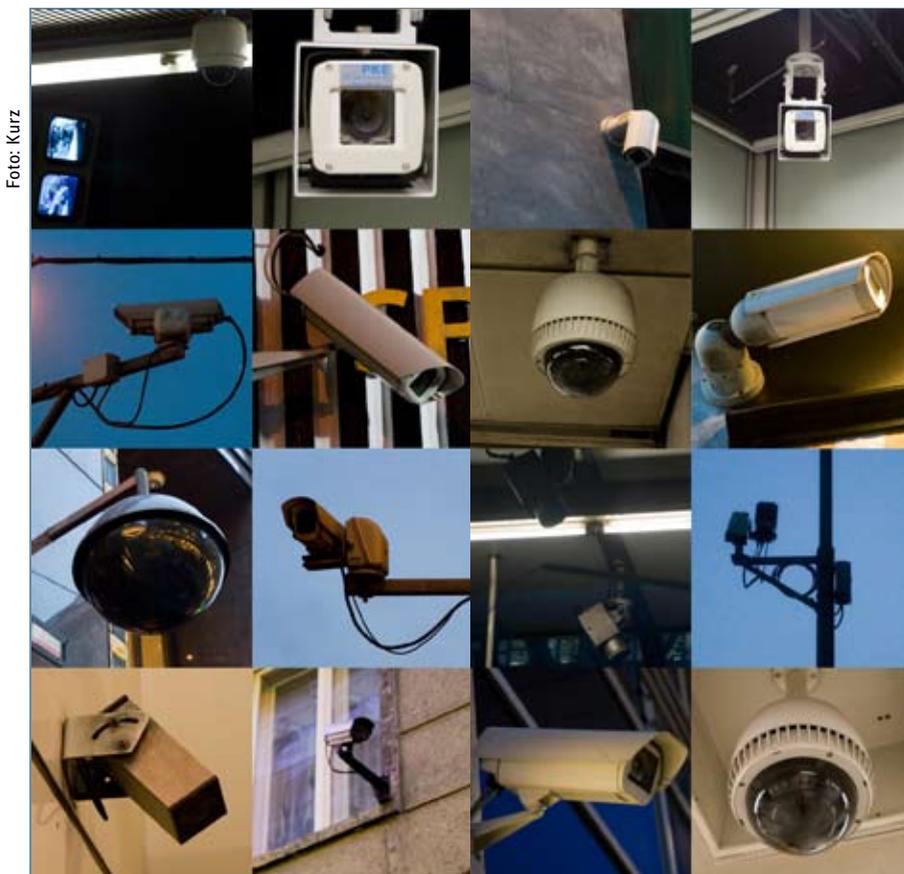


Foto: Kurz

Der Überwachungswahn hat viele Gesichter.

Die Autorin studiert Politikwissenschaft in Wien.

DOSSIER

Mensch
Recht

NSM

- zwischen Missbrauch
und Menschenrecht

Anzahl der in Österreich gestellten Asylanträge je Herkunftsland

Serbien

In Zusammenhang mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo kam es in Serbien zu zahlreichen Gewalttaten gegenüber AlbanerInnen. Auch Roma werden immer wieder Opfer von Benachteiligungen und Gewalt. MenschenrechtsaktivistInnen und JournalistInnen vor Ort sind vielfach staatlichem Druck ausgesetzt.

Kosovo

1999 kam es zwischen einer Nato-Allianz und Jugoslawien zum Krieg um die damalige Provinz Kosovo. Am 17. Februar 2008 erklärte das Parlament des Kosovo die Unabhängigkeit des Landes, dessen Status bis heute umstritten ist. Noch immer kommt es zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen SerbInnen und AlbanerInnen, besonders betroffen sind vorwiegend von SerbInnen bewohnte Gebiete im Norden des Kosovo.

Nigeria

In Nigeria kämpfen MuslimInnen aus dem Norden gegen ChristInnen aus dem Süden. Zusätzlich dazu wird das Land von ethnischen Konflikten erschüttert. Mehr als zwei Millionen Menschen wurden seit dem Jahr 2000 mit Gewalt aus ihren Häusern vertrieben.

Irak

Im Jahr 2003 führten die USA einen Krieg gegen den Irak. Momentan wird das Land von der Multi-National Force (MNF) unter Führung der USA besetzt. Seit Kriegsbeginn wurden über 93.000 irakische ZivilistInnen getötet. Tausende Menschen werden von der Regierung

und der MNF gemeinsam mit Verbündeten, ohne Anklage gefangen gehalten. Regierungstruppen und Gefängnispersonal wird Folter, Vergewaltigung und illegale Tötung vorgeworfen. Mehr als vier Millionen IrakerInnen wurden aus ihren Häusern vertrieben.

Russische Föderation (Tschetschenien)

Die meisten Asylanträge mit Herkunftsland Russische Föderation kamen aus Tschetschenien. In den letzten 13 Jahren erschütterten zwei Kriege das Land, der zweite wurde 2006 für beendet erklärt. Noch immer gibt es Berichte über Folter und illegale Verhaftungen.

Afghanistan

Seit 2001 stehen die USA und die afghanische Taliban-Regierung im Krieg. ZivilistInnen in Afghanistan werden von den Taliban, Warlords und anderen militanten Gruppen terrorisiert. Hunderte von ZivilistInnen starben in den letzten Jahren bei Kampfhandlungen.

Georgien

2008 kam es in Georgien zu einem Krieg zwischen russischen und georgischen Streitkräften. Der georgischen Regierung wird vorgeworfen mit unverhältnismäßiger Gewalt vorgegangen zu sein, indem sie unter anderem Streubomben eingesetzt haben soll. Seit 1991 verzeichnet Georgien einen kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang. Vor allem Intellektuelle verlassen das Land.

KOMMENTAR DER REDAKTION

Asyl – ein Thema, das polarisiert. Es gibt in Österreich die Meinung, in allen ausländischen Menschen stecken BetrügerInnen, die sich hauptberuflich Asyl erschleichen wollen, während sie in der Freizeit Drogenkartelle anführen. Die Gegenseite sagt, besondere Rechte für EU-BürgerInnen und ÖsterreicherInnen seien faschistoid, weil sie gegen die Gleichheit der Menschen verstoßen würden. Die Wirklichkeit ist komplexer, das zeigen so gut wie alle Artikel des folgenden Dossiers zum Thema Asyl. Joana Adesuwa Reiterer erzählt über das Schicksal nigerianischer Frauen, die als Opfer von MenschenhändlerInnen in Wien in die Prostitution getrieben werden (S. 19). Es gibt zwei Beiträge, die sich mit dem schwierigen Verhältnis zwischen Asyl und Migration beschäftigen (S. 21 & S. 23). Die Soziologin Judith Kröll spricht über die speziellen Probleme asylsuchender Menschen, die einen akademischen Abschluss besitzen (S. 22), und in einer Filmrezension am Schluss des Dossiers geht es um Kinder, die alleine in fremde Staaten immigrieren und dort ihr Glück suchen (S. 24).

Jeder Mensch hat das Recht ...

... in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

PATRICK JOHANNES DEARING

en Flüchtling“ ansich gibt es nicht. AsylwerberInnen kommen aus verschiedenen Ländern nach Österreich. Die Gründe für Asylanträge sind unterschiedlich, ebenso wie die Situation in den jeweiligen Herkunftsländern. Im Jahr 2008 wurden in Österreich 12.841 Asylanträge eingereicht. Die meisten der AntragstellerInnen waren männlich (8.520), nur 4.321 waren weiblich. Als Land ihrer Herkunft gaben die mei-

sten die Russische Föderation (3.435), Afghanistan (1382) oder den Kosovo (892) an. Damit stellen diese drei Länder gemeinsam die Heimat fast der Hälfte aller Asylsuchenden des Jahres 2008. Neben Russland, Afghanistan und dem Kosovo kommen auch viele AsylwerberInnen aus Serbien, Nigeria, Georgien, dem Irak, der Türkei, Somalia oder Armenien.

Der Autor studiert Philosophie an der Universität Wien.

Quelle: asyl.at

„Nur dafür da, um den heimischen Männern Sex anzubieten“

Joana Adesuwa Reiterer, geboren 1981 in Nigeria, lebt als Schauspielerin, Autorin und Menschenrechtsaktivistin in Wien. Als Gründerin der NGO *Exit* klärt sie seit 2006 über die Folgen von Menschenhandel auf und unterstützt Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen. Im Interview erzählt sie über Voodoo, schlecht beratene Frauen und österreichische Freier.

PROGRESS: Sie helfen mit Ihrer NGO nigerianischen Frauen, die in Österreich zur Prostitution gezwungen werden. Was sind die größten Probleme dieser Frauen?

JOANA ADESUWA REITERER: Die Frauen schulden ihren Schleppern oft bis zu € 40.000, am Straßenstrich erhalten sie aber pro Freier oft nicht mehr als 20. Sie sind verzweifelt und wissen nicht, wie sie ihre Schulden begleichen sollen, sie dürfen in Österreich so gut wie nicht arbeiten. Daher sehen viele keinen anderen Ausweg, als sich weiter zu prostituieren.

Was passierte, wenn sie untertauchen und ihre Schulden nicht zurückzahlen würden?

Die Menschenhändler drohen damit, dass sie dann ihren Familien in Nigeria Gewalt antun würden. Die Zuhälter und Menschenhändler sind ja fast nie Menschen, die die Frauen nicht kennen, sondern alte Nachbarn oder ehemalige Freunde. Außerdem haben sehr viele von den Frauen vor ihrer Abreise bei einem Hexenmeister den Schwur abgegeben, jede Arbeit zu machen, ihre Schlepper nicht zu verraten und ihnen das Geld zurückzuzahlen. Wenn sie es nicht einhalten, so wird gedroht, folge Krankheit, Wahnsinn oder gar Tod.

Die Frauen glauben daran?

Ja, das ist ein sehr starker Aberglaube in Nigeria. Viele Frauen können sich davon ihr ganzes Leben lang nicht befreien, es treibt sie in den Wahnsinn. Ich selbst habe eine ähnliche Situation erlebt: Als ich eine Jugendliche war, sagte ein anerkannter Magier meinem Vater, dass ich eine Hexe und Schuld an seinem ökonomischen Unglück sei. Sie haben danach versucht, mir mit Hilfe merkwürdiger Rituale die Hexerei

Joana Adesuwa Reiterer gründete in Wien eine Hilfsorganisation, die sich um nigerianische Prostituierte kümmert, die das Opfer von Menschenhändlern wurden.

auszutreiben. Das ging so lange, bis ich von zu Hause weggerannt bin.

Wie sind Sie später mit diesem Erlebnis umgegangen?

Irgendwann, da war ich schon in Österreich, ist mir aufgefallen, dass die Sache mit der Hexerei noch immer ein großes Thema in meinem Leben spielt. Nicht nur, weil ich es selbst erlebt habe, sondern weil es auch so viele andere Frauen betrifft, die hier sind. Ich machte dann eine Therapie, die mir half, meine Angst zu überwinden. Im Zuge der Sitzungen schrieb ich auch meine Lebensgeschichte auf, die mittlerweile als Buch veröffentlicht wurde.

Wie sind Sie nach Österreich gekommen?

Nachdem ich mit sechzehn Jahren von meinem Vater davon bin, lebte ich fast ohne Geld in Lagos und Benin City, schlug mich auf der Straße durch und eröffnete eine Modeboutique. Dort lernte ich einen charmanten Nigerianer namens Tony kennen. Er sagte, er betreibe ein Reisebüro und wohne in Wien. Er lud mich ein, mit ihm nach Wien zu kommen, er wollte, dass ich seine Frau werde – ich mochte ihn. Doch in Wien war auf einmal alles anders, er spielte sich als Macho auf, die Wohnung war ständig voll mit eingeschüchterten Mäd-

chen aus Nigeria und mit Freunden von Tony. Ich merkte, dass er mit Menschen handelt, und lief wieder davon.

Es muss hart gewesen sein, ganz allein in Wien.

Ich wusste nicht wohin, lief und fuhr mit der Straßenbahn ziellos herum – bis ich nicht mehr konnte. Heulend saß ich auf einer Parkbank, so lange, bis mir ein Mann einen Zettel gab, auf den er die Telefonnummer der Wiener Frauenhäuser notiert hatte. Von da an ging es wieder bergauf.

Fortsetzung auf der nächsten Seite ▶



Foto: Kotik



► *Wie kamen Sie dann dazu, die NGO Exit zu gründen?*

Ich hatte all das Leid der jungen Prostituierten aus Nigeria kennen gelernt, aber die Öffentlichkeit in Österreich wusste darüber nichts. Deswegen wollten wir mit *Exit* am Anfang vor allem Medienarbeit machen, wir wollten die Menschen aufklären, was die Opfer der Menschenhändler erleben. Nach einiger Zeit kamen dann die ersten Frauen zu uns und fragten direkt um Hilfe. Seitdem machen wir auch Beratung, bieten psychologische Betreuung an und in einzelnen Fällen stellen wir Anwälte zur Verfügung. Wir organisieren Fortbildungskurse, in denen Deutsch gelehrt wird. Wir begleiten die Frauen, bei Behördenwegen und beraten sie bei ihren Asylverfahren.

Wie erleben Sie die Asylverfahren?

Wenn Frauen Opfer von Menschenhandel werden, bekommen sie in Österreich meistens Asyl. Manchmal werden ihnen von den Behörden aber bewusst Informationen vorenthalten. Das zeigt sich, wenn

ihnen geraten wird, dass sie ihr Asylverfahren schließen und stattdessen eine Niederlassung beantragen sollen. Während der positive Asylbescheid den Frauen nicht mehr weggenommen werden könnte, ist die Niederlassung auf ein Jahr begrenzt und danach wird erneut geprüft, ob die Frauen weiterhin kooperieren und ob es noch wichtig ist, dass sie in Österreich bleiben. Es gibt zwar dann immer noch andere Möglichkeiten, in Österreich zu bleiben, aber diese falschen Informationen sind einfach unehrlich. Der Schutz von Frauen steht hier nicht im Zentrum der Bekämpfung von Menschenhandel.

Menschenhandel und Zwangsprostitution sind globale Probleme – lassen sie sich überhaupt lösen, oder nur lindern?

Es wird immer Männer geben, die Notlagen von Frauen ausnutzen werden, um mit ihnen Sex zu haben. Solange es solche Männer gibt, wird es immer schwierig sein, Zwangsprostitution zu bekämpfen. Aber was in

Wien passiert, das ist eine besondere Frechheit.

Was meinen Sie?

Dass Asylwerberinnen nur als Prostituierte tätig sein dürfen. Wenn Sexarbeit eine Arbeit wie jede andere ist, wie kann es dann sein, dass Frauen, die keine Arbeitserlaubnis haben, nur diese Arbeit machen dürfen? In der Fachsprache heißt das „Neuselbstständig“. Das bedeutet, dass eine Asylwerberin ohne Arbeitserlaubnis auch beispielsweise als Journalistin arbeiten könnte, was ja nicht sehr realistisch ist. Das klingt für mich so, als ob die Behörden davon ausgehen würden, dass die schwarzafrikanischen Frauen ohne Aufenthaltserlaubnis nur dafür da sind, um den heimischen Männern Sex anzubieten. Das ist eine Frechheit und muss sich ändern.

Sollte die Inanspruchnahme von Zwangsprostitution bestraft werden?

Ich glaube nicht, dass einen Mann zu bestrafen auch seinen Trieb nach Sex verändert. Ich halte diesen An-

satz eher für eine komische Erziehungsmethode, die ohnehin nicht funktionieren würde. Viel wichtiger ist es, die öffentliche Diskussion über das Thema anzuregen. Nur das könnte bewirken, dass einige Männer mal überlegen, ob die Frauen, deren Dienstleistungen sie in Anspruch nehmen, vielleicht minderjährig sind oder Zwangsprostituierte. Wenn man jedoch die Freier kriminalisiert, wird man auch die Frauen nicht mehr sehen und alles wird sich im Untergrund abspielen. Dann sind zwar die Straßen „sauber“, aber die Zwangsprostitution gibt es ja trotzdem noch. Das macht es dann sogar noch schwieriger, mit den Opfern Kontakt aufzunehmen.

Ihr seid mit eurer Arbeit auch in Nigeria präsent – was macht ihr dort?

In Nigeria betreiben wir vor allem Aufklärungsarbeit. Das fängt bei der Stellung der Frau an, die in der nigerianischen Gesellschaft sehr schlecht ist, die Frau gilt als minderwertig oder als Dienerin des Mannes. Wir klären Frauen darüber auf, dass ihr Leben nicht dazu da ist, die ganze Zeit einem Schlepper oder Freier zu dienen.

Welche Möglichkeiten gibt es, Exit zu unterstützen?

Wir suchen natürlich immer ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In letzter Zeit haben sich zwar einige beworben, aber leider fehlt es uns immer noch an Kapazitäten. Auf unserer Homepage (<http://www.adesuwainitiatives.org>) steht genau, für welche Aufgabenbereiche wir Leute brauchen. Das Problem ist, viele wollen gleich mit den Frauen arbeiten, aber wenn sie nur einen Monat bleiben, geht das einfach nicht, weil man erst das Vertrauen der Frauen gewinnen muss. Was uns natürlich auch immer weiterhilft, das ist Geld. Es gibt aber noch viele andere Möglichkeiten, man kann den Frauen Computerkurse anbieten oder andere Weiterbildungsmöglichkeiten organisieren.

Das Interview führte Judith Götz.

Hunger ist kein Asylgrund

Viele Asylsuchende stehen unter dem Verdacht, nicht aufgrund politischer Verfolgung, sondern aus wirtschaftlicher Not nach Österreich zu kommen. Tatsächlich ist es oft schwer zu unterscheiden, wessen Leben im Herkunftsland tatsächlich und unmittelbar bedroht ist und wer „lediglich“ aus der Armut zu flüchten versucht.

ALEXANDER FANTA

Ein illegal nach Österreich gekommener Afrikaner betritt erstmals die Straßen von Wien. Er ist vor Arbeitslosigkeit, Hunger und Korruption in seinem Heimatland geflüchtet, er sah für sich keine Perspektive mehr. Ein Drittel der Erwachsenen in seinem Land sind mit HIV infiziert. Er hat sein gesamtes Ersparnis für die Flucht nach Europa ausgegeben und sich sogar verschuldet. Jetzt steht er in Österreich und bekommt zu hören: Asyl – das sei für ihn nicht drin.

Dieses Szenario mag vielen unrealistisch erscheinen – ist es aber nicht. MigrantInnen verlassen ihre Heimat mit der Hoffnung auf ein besseres Leben, was auch heißen kann, dass sie auf der Flucht vor Hunger sind. Asyl bekommt aber nur, wer im Heimatland verfolgt wird.

Das Recht auf Asyl für Verfolgte ist in der Genfer Flüchtlingskonvention festgeschrieben. Österreich hat sie unterschrieben, ebenso wie alle Staaten der EU. Als Flüchtlinge laut Konvention gelten Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, Religion, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer Nationalität verfolgt werden. Auch Menschen, die vor Naturkatastrophen oder Krieg flüchten, erhalten Asyl. Deren Aufenthaltsrecht bleibt jedoch zeitlich begrenzt.

Die Wirklichkeit hält sich aber nicht an solche Definitionen, die Grenzen zwischen Asyl und Migration sind sehr oft fließend. Rund 60.000 Menschen wanderten laut einem EU-Bericht im vergangenen Jahr illegal in die Europäische Union ein. Viele davon stellten einen Asylantrag, um bleiben zu dürfen. Arbeitslosigkeit und Armut in den Herkunftsländern sind die häufigsten Gründe für den vorgetäuschten Flüchtlingsstatus. Eine Rolle spielt auch, dass viele EU-Länder – darunter auch Österreich – kaum legale Einwanderung zulassen.

Einmal Fingerabdruck bitte. Um Missbrauch zu verhindern, rüsten die EU-Staaten kontinuierlich auf. Seit dem Jahr 2000 werden allen Asylsuchenden in der EU Fingerabdrücke abgenommen. Die *Eurodac-Datenbank* bietet Behörden einzelner Ländern einen europaweiten Vergleich aller Abdrücke. Dieses Hilfsmittel soll verhindern, dass

Flüchtlinge in mehr als einem Land einen Asylantrag stellen.

Seit der Änderung des Fremdenrechts im Oktober dieses Jahres hat auch die österreichische Polizei neue Mittel, um gegen scheinbare Flüchtlinge vorzugehen. Mit Hilfe von DNA-Analysen stellt sie fest, ob Asylsuchende tatsächlich mit ihren vorgeblichen Kindern verwandt sind. Zudem sollen Röntgen-Untersuchungen zur Altersfeststellung verwendet werden.

Die Änderungen in der Asylrechtsnovelle erlauben der Polizei außerdem, Flüchtlinge aus Gründen wie Fluchtgefahr in Schubhaft zu halten. Asylsuchende erhalten keine Arbeitserlaubnis, sondern sie dürfen lediglich Saison- und Erntearbeit verrichten oder teilweise als neue Selbstständige fungieren. Diese Einschränkung drängt die Betroffenen in die Kriminalität und

Schattenwirtschaft, weibliche Flüchtlinge vielfach in die Prostitution.

Dennoch ist der Status als Asylsuchender für viele ZuwandererInnen wünschenswerter als die Illegalität ohne Dokumente. Menschen ohne Aufenthaltsrecht können jederzeit verhaftet und in ihr Heimatland zurückgeschickt werden, wie dies im Fall der aus dem Kosovo geflüchteten und in ihr Heimatland abgeschobenen Arigona Zogaj geschah. Oft haben sich die Betroffenen vieles in ihrem neuen Heimatland aufgebaut, eine Schule besucht, vielleicht sogar Eigentum erworben. Trotzdem können sie als unerwünschte und illegale MigrantInnen jederzeit alles verlieren. ◀

Der Autor studierte Politikwissenschaft in Wien.



„Immigrieren und nie ankommen“

Judith Kröll ist Soziologin und Obfrau des Vereins *ForscherInnen ohne Grenzen*, der mit AkademikerInnen arbeitet, die in Österreich um Asyl ansuchen. **PROGRESS** sprach mit ihr über quälende Wartezeiten, Menschenwürde und Wünsche an die Politik.

PROGRESS: *Wie ist ForscherInnen ohne Grenzen entstanden?*

JUDITH KRÖLL: Der Verein ist aus einer Wissenschaftsausstellung entstanden, die 2006 in Wien stattgefunden hat. Dort wurden verschiedene Themen behandelt, die sich um Hotspots zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gedreht haben. Da haben wir das *Büro für wissenschaftliches Strandgut* gegründet, in das wir Menschen einge-

haben auf Augenhöhe an den österreichischen Kontext in irgendeiner Art und Weise anzudocken. Dazu gehört auch den Leuten die Möglichkeit zu geben, mit Menschen aus ihrer Berufsgruppe zusammen zu treffen. Das ist oft schwieriger als man denkt.

Mit welchen Problemen sind die Menschen mit denen Sie arbeiten häufig konfrontiert?

werberInnen fünf Jahre auf ihren positiven Bescheid warten müssen, ist keine Seltenheit. Dieses Nichtstun ist das Schlimmste. Die Leute suchen sich dann oft eine ehrenamtliche Tätigkeit oder beschäftigen sich mit Schwarzarbeit. Wenn das Verfahren positiv beendet ist, ist der Zugang zum Arbeitsmarkt offen. Doch dann ist für viele der Zug schon abgefahren. Wer zum Beispiel in einem medizinischen Beruf tätig war, hat dann einfach den Anschluss verloren.

Sie haben ein Mentoring Projekt für Flüchtlinge und AsylwerberInnen mit akademischer Ausbildung gestartet. Was können wir uns darunter vorstellen?

Wir versuchen hier ÖsterreicherInnen mit Flüchtlingen oder AsylwerberInnen für verschiedene Aktivitäten zusammenzubringen. Das kann zum Beispiel Deutschkonversation sein. Zusätzlich kommen auch immer wieder Institutionen, die den Gedanken gut finden, Leuten die hier als AsylwerberInnen „geparkt“ sind die Möglichkeit zu geben Erfahrungen zu machen, sich zu betätigen und auch zu beweisen. In diesem Rahmen ist kürzlich erst eine Zeitschrift entstanden mit Texten von Menschen aus unserem Verein und österreichischen SchriftstellerInnen. Auch bei der Kinderuni haben einige unserer Leute mitmachen können. Das sind Projekte, bei denen es darum geht sich auf Augenhöhe zu begegnen und einmal nicht mit dem Stigma „AsylwerberIn“ konfrontiert zu sein.

Welche Erfolge und Rückschläge haben Sie in Ihrer Arbeit erlebt?

Einer der größten Erfolge war, dass ein Flüchtling aufgrund eines Interviews und eines Porträts, das über ihn in den Medien erschienen ist, nach fünf Jahren Wartens einen ziemlich guten Job in einer Firma gefunden hat. Erfolge hängen aber immer davon ab, dass es Menschen gibt, die die AsylwerberInnen bewusst im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

Rückschläge sind immer da, wenn jemand einen Abschiebebrief bekommt, wenn jemand versucht sich umzubringen, wenn man merkt, dass man an Leute nicht herankommt, weil sie in eine psychische Stagnation gefallen sind. Besonders bedrückend ist es, wenn man mitbekommt, dass Leute persönlich davon profitieren, dass das System so ist wie es ist – bei AnwältInnen kommt das immer wieder vor.

Was wollten Sie Innenministerin Maria Fekter immer schon sagen?

Es wäre sicher eine interessante Erfahrung für sie, wenn sie einmal eine Woche mit einem Asylausweis leben müsste.

Was wünschen Sie sich von der Politik?

Es braucht ein eigenes Staatssekretariat für Integrations- und Asylfragen. Die Staaten sollen sich auf europäische Standards für AsylwerberInnen einigen. Wenn in Schweden festgestellt wird, dass ein Asylverfahren schon länger als drei Monate dauert, dann bekommen die Leute eine Arbeitsbewilligung. Es gibt dort so etwas wie ein Recht auf Arbeit oder das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. So etwas würde ich mir für ganz Europa wünschen. Es ist einfach nicht einzusehen, warum jemandem, der hier arbeiten will und es auch könnte, das verwehrt wird. Eine gewisse Diversität tut uns gut.

Das Interview führte Maria Maltznig.

FORSCHERINNEN OHNE GRENZEN

ForscherInnen ohne Grenzen ist ein Verein, der AsylwerberInnen und Flüchtlingen mit akademischer Ausbildung hilft in Österreich Anschluss zu finden. Die aktuellste Initiative ist das Mentoring-Projekt *peer2peer*, an dem auch interessierte Studierende teilnehmen können.

www.researcherswithoutborders.at



Foto: Maltznig

laden haben, die das Profil hatten AkademikerInnen und gleichzeitig AsylwerberInnen oder Flüchtlinge (mit einem positiven Asylbescheid, anm.) zu sein. Hier sind wir auf Menschen gestoßen, die migrieren und trotzdem nie ankommen. Daraus ist eine Sozialinitiative entstanden, die heute als *ForscherInnen ohne Grenzen* besteht.

Was sind die Aktivitäten des Vereins?

Wir haben drei Hauptaktivitäten. Erstens machen wir Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema. Wir helfen Leuten, die davon betroffen sind, sich untereinander zu vernetzen, und Räume zu schaffen, in denen sie mit ihren Qualifikationen, Ressourcen und Talenten die Möglichkeit

Die Kategorie „AsylwerberIn“ ist eine sehr ausschließende. Das ist für manche fast wie ein Stigma. Man sagt das oft lieber gar nicht, weil dann eh schon alle Türen verschlossen sind. Menschen im Asylverfahren dürfen de facto nicht arbeiten. Das war vor Jahren noch etwas anders, jetzt ist es praktisch unmöglich eine Arbeitsbewilligung zu bekommen. Das heißt, man bekommt im Idealfall eine staatliche Grundversorgung von 180 Euro, und wer privat untergebracht ist, einen Zuschuss von 110 Euro im Monat. Es wird also davon ausgegangen, dass ein Mensch mit 290 Euro im Monat leben kann.

Im Grunde ist man zum Dauermehrer verurteilt. Dass Asyl-

Leid und Streit

Die Rahmenbedingungen rund um Asyl werden von europäischer Ebene vorgegeben. Doch bei der Ausführung sind die Mitgliedsstaaten auf sich gestellt. Interessenskonflikte sind vorprogrammiert.

CHRISTOPH PROHASKA

Laut der gültigen Dublin II-Verordnung ist der EU-Mitgliedsstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, über den die Person die EU betreten hat. Damit ist dieser Staat auch für die Unterkunft, die Verpflegung und die Wahrung der Menschenrechte zuständig. Vor allem aber auch dafür, ob dem Asylantrag zugestimmt wird.

Das schafft sowohl für die betroffenen Menschen als auch die betroffenen Staaten – gelinde gesagt – Leid und Schwierigkeiten. Vor allem die am Mittelmeer gelegenen EU-Staaten fühlen sich von Resteuropa alleine gelassen und drängen auf eine europäische Regelung.

Die Dublin II-Regelung trifft Spanien, Italien und Griechenland be-

sonders hart, weil sie als Sprungbrett in die restliche EU gelten und somit Menschen beherbergen, die eigentlich in andere EU-Staaten wollen.

Die EU-Außengrenze. Allein im vergangenen Jahr kamen, in Griechenland, zehntausende Flüchtlinge hinzu, demgegenüber stehen nur circa 700 Aufnahmeplätze. Griechenland gewährt nur rund ein Prozent der Asylanfragen.

Im Vergleich zum Rest von Europa werden in Spanien wenige Asylanträge gestellt. So wurden im ersten Halbjahr 2008 lediglich rund 2.000 gestellt, von denen wiederum knapp 97 Prozent abgelehnt wurden. Jedoch werden über 50 Prozent der Asylanträge nicht einmal zum Asylverfahren zugelassen.

Italien ist als traditionelles Auswanderungsland überhaupt ein Sonderfall. Es ist erst seit den 1980ern

mit Einwanderung konfrontiert. Ein eigenes Gesetz zur Regelung von Asylverfahren gibt es bis heute nicht. Zur Zeit wird mit Hilfe des italienischen Einwanderungsgesetzes versucht, die Einwanderung zu kontrollieren. Italien hofft deshalb auf ein baldiges EU-Gesetz.

Eine europäische Lösung. Griechenland, Italien, Malta, Spanien und Zypern baten im Rahmen des Treffens der EU-InnenministerInnen am 21. September dieses Jahres um Hilfe bei ihren Problemen mit der Umsetzung von Dublin II. Nicht alle EU-Staaten zeigten sich bereit, den Mittelmeer-Staaten zu helfen.

Die österreichische Innenministerin Maria Fekter stellte schon vor dem Treffen klar, dass Österreich keine Flüchtlinge aufnimmt, und auch der damalige deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble signali-

sierte Ablehnung. Dennoch üben sowohl Schäuble als auch Fekter starke Kritik am Umgang Griechenlands mit den AsylwerberInnen und an den Abschiebepraktiken Italiens.

Diese Doppelmoral der Mitgliedsstaaten zeigt, warum es zu keiner gemeinsamen Asylpolitik der EU-Staaten kommt. Staaten wie Österreich und Deutschland, die von der Asylproblematik nicht direkt betroffen sind (sie haben keine direkten EU-Außengrenzen), weigern sich, Kompetenzen an die EU abzugeben. Während die direkt betroffenen Mittelmeerstaaten genau darauf drängen. Die Asylsuchenden bleiben inmitten dieser Auseinandersetzung auf der Strecke – oft im wahrsten Sinne der Worte. ◀

Der Autor studiert Arabistik in Wien.



Ich komme zu dir

Ich habe den Tod gerufen, aber er ist nicht gekommen. Sogar der Tod hasst uns“, sagt Jawid Najafi, einer der Protagonisten des Films *Little Alien*.

Das Filmteam rund um die bosnisch-österreichische Regisseurin und Produzentin Nina Kusturica zeigt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf ihrem Weg in die EU. Sie kommen aus Afrika und Afghanistan, sie sind geflüchtet vor Hunger und Verfolgung und erzählen von der ständigen Angst vor der Polizei und wie sie sich in LKWs versteckten, um die vielen Grenzen und Kilometer ihrer Reise zu überwinden.

Die Schilderungen vom Überwinden des Meeres oder hoher Berge wirken im Film sehr sachlich, fast emotionslos – die Tristesse und das Grauen, die zu sehen sind, erscheinen den ZuseherInnen wie ein selbstverständlicher Teil des Lebens der Kinder.

Man sieht wuchtige Grenzposten, High-Tech-Sicherheitssysteme und Mauern, die die Berliner

Mauer geradezu mickrig wirken lassen. Wer die Bilder sieht, dem drängt sich ein Bild von Europa als menschenfeindliche Festung auf.

Ein zentraler Schauplatz des Films ist Wien, hier wurden Szenen mit Jugendlichen gedreht, die die Stadt von unten kennen lernen. Sie werden angepöbelt, von der Polizei ein klein wenig schikaniert, und immer und immer wieder müssen sie irgendwelche Behördenwege erledigen.

Regisseurin Kustarica wollte auch im Flüchtlingslager Traiskirchen drehen, doch sie bekam keine Drehgenehmigung. Kustarica kennt den Asylapparat: Sie floh nach Kriegsausbruch als 17-jährige nach Österreich, allerdings nicht unbegleitet, sondern gemeinsam mit ihren Eltern.

Trotzdem fühlt sich die Regisseurin den unbegleiteten „Little Aliens“ verpflichtet. Aus gutem Grund: Allein im Jahr 2008 stellten in Österreich 872 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl.

Diese Kinder kommen nach Österreich und versuchen hier, ihr Leben neu zu gestalten und kämpfen für ihr Recht auf eine halbwegs unbeschwerte Jugend.



Obwohl ihr Leben hier vor allem von Gesetzen bestimmt wird, nehmen es die Kinder mit erstaunlich viel Humor und haben ihre eigenen Mechanismen entwickelt, die ihnen helfen, ihre Probleme zu bewältigen. Sie leben ihre Jugend laut und frech, sie verlieben sich und trennen sich, genauso wie alle Jugendlichen auf dieser Welt. Es sind jedenfalls Leben im Ausnahmezustand.

mueh <



presents

BOCK auf KULTUR

09

Kabarett mit Josef Hader, Michael Niavarani, Thomas Maurer, Dolores Schmidinger,...

Veranstaltungen mit Patrick Pulsinger, Dj Smoove, Ken Hayakawa, Peter Pan, Kultur Shock (USA), Jerx (D), Jah Power Sound, OSF Sound, Baba Sound, Steaming Satellites, Kamp, Penetrante Sorte, AML, Manuva, 44 Leningrad (D), Visionautica, Schliwo Beatz u.v.m.

**Wir treten auf solange Flüchtlinge auf der Strasse stehen!
das vollständige Programm finden Sie unter:**

www.bockaufkultur.at



Feuilleton

„Mit dem Begriff ‚Böse‘ muss man vorsichtig sein“

Der jüngst mit dem Literaturpreis der Europäischen Union ausgezeichnete Kinder- und Jugendpsychiater Paulus Hochgatterer über die Gründe von Mobbing, „böse“ und selbstsichere Kinder.

PROGRESS: Welche Auswirkungen hat Mobbing auf die Psyche eines Kindes?

PAULUS HOCHGATTERER: Kinder können wie Erwachsene durch konsequentes Mobbing depressiv werden. Das geht bis zu Selbstmordgedanken. Auch viele andere Störungen können auftreten, wie Zwänge, Essstörungen, oder psychosomatische Störungen, die medizinisch eigentlich unerklärlich sind. Sehr viele von ihnen müssen später psychologische Hilfe in Anspruch nehmen.

Aus welchen Gründen werden Kinder gemobbt?

Mobbing ist ein sehr komplexes Phänomen, bei dem mehrere Faktoren zusammenkommen. Zwei Faktoren sind aber besonders bedeutend. Das eine sind gruppenbezogene Faktoren: In Gruppen gibt es immer bestimmte Positionen, die besetzt werden müssen. Somit braucht es auch Gruppenmitglieder, die die Außenseiterposition besetzen. Der zweite Punkt sind personenabhängige Faktoren. Drücken wir es so aus: Selbstsichere, sozial gut integrierte und kognitiv gut ausgestattete Kinder wird Mobbing nur selten betreffen.

Können die Kinder, die andere mobben, als böse bezeichnet werden?

Mit dem Begriff „Böse“ muss man vorsichtig sein. Das Böse hat meist eine Ursache, die mobbenden Kinder werden böse, weil ihnen selbst Böses widerfahren ist. Es gibt immer eine Geschichte dahinter.

Was kann die Schule tun, um Mobbing zu vermeiden?

Eine Aufgabe der Lehrer muss es sein, auch die soziale Struktur innerhalb der Klasse im Auge zu behalten. Es gibt Schulen, in denen es Projekte gegen Mobbing gibt. Es gibt seit Jahren ein Streithilfeprojekt, wo Schüler zu Konfliktcoaches ausgebildet werden und so in gewissen Situationen eingreifen können. Das ist meiner Meinung nach ein sehr sinnvolles Modell.

Wie soll sich die Familie eines Kindes verhalten, das gemobbt wird?

Ernst nehmen! Als Mutter, Vater oder Schwester oder was auch immer, ist es wichtig, diese Situation ernst zu nehmen. Man darf nicht abwiegeln und sagen: „Mach dir nix draus“. Manchmal wird auch übersehen, dass die Zustände ein Ausmaß erreicht haben, wo sie in Behandlung gehören! Man sollte nicht davor zurückschrecken, mit dem Kind zu einem Psychotherapeuten zu gehen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass das ursächliche Problem behoben wird, unter anderem durch das Reden mit den Lehrern. (Mehr dazu auf den Seiten 27 und 28).

KURZMELDUNGEN

film:riss, das Festival der studentischen Filmkultur, zeigt von 9. bis 14. November in Salzburg zum nun fünften Mal das Potential des österreichischen Filmnachwuchs. Unter dem Motto *Ich sehe das anders* gingen die VeranstalterInnen im Frühjahr auf die Suche nach den besten studentischen Filmarbeiten des Landes. Von insgesamt 150 eingereichten Filmen werden 60 Filme nun am Festival in verschiedenen Wettbewerbsprogrammen zu sehen sein. Erwartet werden neben den jungen FilmemacherInnen auch prominente Gäste aus der Filmbranche. www.filmriss.at

Klappe und Action! Dass Masterprojekte nicht unbedingt trocken sein müssen, haben StudentInnen der Fachhochschule St. Pölten bewiesen. Sie produzierten die sechsteilige Kurzfilmserie O MERCY. Mercedes – Mercy genannt – und der schwedische Forstwirtschaftsstudent Magnus begegnen sich durch einen unschönen Zufall und damit nimmt die schräge Liebeskomödie ihren Lauf. Mercy hat nicht die leiseste Ahnung, welche krummen Geschäfte ihr Bruder Martin und ihr On-Off-Freund Max hinter ihrem Rücken treiben. Alle Infos sowie die 6 Kurzfilmteile unter: www.o-mercy.tv

YOUKI – das *Internationale Jugend und Medien Festival* findet mittlerweile zum elften Mal zwischen 17. und 20. November, in Wels statt. Im Kern ein Filmfestival versteht sich YOUKI als umfassendes Medienfest so gibt es auch Projekte zu Printmedien, Radio und Internet. Rund um das Nachwuchsfestival werden auch Workshops unter Leitung von ExpertInnen, zu den Themen Sounddesign, Filmkritik im Radio und Regie angeboten. Stattfinden wird das Ganze im Kulturzentrum Alter Schlachthof. www.youki.at

Umkämpft, bedroht, umstritten

Die Österreichische HochschülerInnenschaft polarisiert – seit es sie gibt. Ab 1945 gab es immer wieder Versuche, sie zu zähmen oder gar zu entmachten. Zuletzt versuchte sich die schwarz-blaue Regierung daran – was ihr nur teilweise gelang.

GERFRIED SPERL

Begonnen hat die Hochschülerschaft als FÖST (Freie Österreichische Studentenschaft), initiiert von Studenten wie Hans Tuppy, dem fürderhin herausragenden Wissenschaftler und kurzzeitigen Wissenschaftsminister. Sie pflanzten 1945 auf das Dach der Wiener Universität die österreichische Flagge, toleriert von der sowjetischen Besatzungsmacht. Diese erste, unabhängige Vertretung wurde jedoch bald eingeholt von der politischen Wirklichkeit: Die Hochschülerschaft entstand – mit jenen Fraktionen, die an der Leine der politischen Parteien hingen. Wahlblock (ÖVP), VSSTÖ (SPÖ), BUS (VDU) und KP.

Konstruiert war diese Studentenvertretung wie eine Kammer. Zum Beispiel wie die Arbeiterkammer – im Miniformat. Was hieß: Service und noch einmal Service. Das war zu wenig für die Ausübung eines politischen Mandats, aber viel in einer Zeit, als Arbeiter oder Bauern es sich einfach nicht leisten konnten, ihre Kinder studieren zu lassen.

Weshalb wir an der Uni Graz nicht nur eine studentische Krankenversicherung hatten oder wie alle ÖH einen Skriptenverlag. Die größten Referate waren jene für Soziales und Arbeit. Sie organisierten kostenlose „Mittagstische“ in Gasthäusern und kleinere laufende Arbeitskontrakte neben den beliebten Ferialjobs in Schweden oder bei der deutschen Post. Zunehmend gelang es, auch in England Jobs zu akquirieren (z.B. in den Hopfenplantagen von Guinness) oder in Frankreichs Weingegenden.

Erste große Demos fanden statt. Der Beginn der 60er Jahre war auch für die ÖH der Start eines Umbruchs. Rock und Beat, John F. Kennedy, Dissidenten im Osten, neue österreichische Kunst und Literatur. Das hat motiviert. Und wer wollte, konnte nicht nur mittun, sondern Neues denken und wagen. Erste große Demos fanden statt – wie zum Beispiel die Lahmlegung der Grazer Innenstadt 1961 wegen der miesen Budgets für die Universitäten.

Erstmals entstanden politische Studentenzeitschriften, der Aufstand in Berkeley 1963 war der Auftakt für die (linke) Forderung, dass die ÖH ein politisches Gesamtmandat habe und nicht nur

ein zahnloses Begutachtungsrecht wie eine matte Kammer. Von der Politik wurde all das entrüestet zurückgewiesen, politisch engagierte Studenten sahen sich dadurch gestärkt: Sie recherchierten die Nazi-Vergangenheit von Politikern und Professoren (siehe der Fall Borodajkewicz), sie machten die Praxis öffentlich, dass Wissenschaftler, die unter „Links-Verdacht“ standen, keine Lehrstühle bekamen, sie prangerten den Filz in der Großen Koalition an.

Nicht so sehr die Hochschülerschaft selbst, sondern neue studentische Gruppen spielten plötzlich in der politischen Debatte eine Rolle. Sich „einzumischen“, dieser mehr als zehn Jahre später von den Alternativen und Grünen plakatierte Slogan, ist damals entstanden.

Speziell in Graz wurde die parteipolitische Fraktionierung in der ÖH durch die Gründung der „Aktion“ aufgebrochen. Auf Antrieb eroberte sie an der Uni Graz eine Mehrheit der Mandate. Ihre Forderungen: Mitbestimmung nach dem Prinzip „one man one vote“ (das bedeutete eine offene Rektorswahl), Veröffentlichung von Publikationslisten der Professoren und Bekanntgabe des Alters der Vorlesungen, Aufhebung der Geschlechtertrennung in den Studentenheimen, Errichtung von Kindergärten, Studentenradios. Kostenlose Benützung der städtischen Busse und Straßenbahnen.

Diese Forderungen und vor allem dieses Klima schwappten nach Linz und nach Wien, wo 1965 auch ein großes Uni-Symposium stattfand, das in den europäischen Medien besprochen wurde. Große Philosophen wie Ernst Bloch sprachen im Audimax, das auf einmal entstaubt wirkte. Die breitere Öffentlichkeit nahm plötzlich (aber widerwillig) wahr, dass Studenten nicht nur zu studieren, sondern auch zu politisieren hatten.

Der Aufstieg Kreisky spielte eine Rolle. Das Jahr 1968 war in Österreich vergleichsweise ruhig – wenn auch nicht unbedeutend. Einige Schlüsselereignisse: 1. Die Mai-Demonstrationen in Wien verunsicherten die traditionellen Parteikader und spielten beim Aufstieg Bruno Kreiskys sicher eine Rolle. 2. Die von Peter Kowalski und Silvio Lehmann angeführte Protestveranstaltung im Audimax war ein spektakulärer Rahmen für die Lancierung von Reformkonzepten. 3. Beim Studententag von Obertrum wurde die vor allem von Graz ausgehende Reform der ÖH (Einfüh-

rung von Institutsvertretern) beschlossen. 4. Zusammen mit Reformvorschlägen aus dem linksbürgerlichen Lager (z.B. Stephan Schulmeister) und studentischen Vorstößen aus der Reformkommission des ÖVP-Ministers Piffel-Percevic wurden Schritt für Schritt jene Wege beschritten, die schließlich zur Uni-Reform unter Herta Firnberg (SPÖ) führten. In diesen Monaten hatten die Hochschülerschaft und neue Gruppierungen den größten Einfluss auf Politik und Gesellschaftsreform. Das kam nie mehr wieder.

Vorbei war es auch mit einer ÖH als Spiegelbild der Bundespolitik. Der bürgerliche Wahlblock verwandelte sich in die ÖSU (später: Aktionsgemeinschaft). Die jungen Funktionäre hatten nicht mehr akzeptiert, von „alten“ CVern und KVern, gelenkt zu werden. Und somit direkt an die ÖVP-Politik gebunden zu sein. Der VSSTÖ emanzipierte sich ebenfalls immer mehr – und endgültig, als erstmals eine Frau Bundeschefin der Hochschülerschaft wurde. Der RFS, Ende der 60er Jahre mit einem Programm, das den liberalen Studenten Deutschlands ähnelte, fiel in den 70er Jahren erneut zurück in die alten burschenschaftlichen Traditionen. Die Fachschaftslisten, die Trotzlisten und Maoisten, später die Scherzlisten, ergaben schließlich einen bunten Fächer. Der Nachteil: Ständige Kämpfe um die Macht in einer dem Kammer-System nachgebildeten Vertretung. Der Vorteil: Häufiger Wechsel der Personen, keine Funktionärskasten mehr.

Der Schock: Die Entmachtung der Hochschülerschaft als Mitentscheider durch die schwarz-blaue Regierung am Anfang des neuen Jahrhunderts. Die Ursachen lagen nicht nur bei der Überzeugung einiger ÖVP-Minister, die (zweifelloso verbürokratisierte) Mitbestimmung abzuschaffen, sondern auch bei einer zahnlosen ÖH.

Vermutlich ist das alte Vertretungsmodell ohnehin nicht mehr effizient. Die Studentenvertretung benötigt neue Instrumente der Willensbildung. Sachabstimmungen beispielsweise, deren Ausgang mit qualifizierten Mehrheiten für ÖH, Rektorat und Uni-Rat verbindlich sind. Oder ein Rederecht für ÖH-VertreterInnen in relevanten Ausschüssen des Parlaments. ◀

Der Autor war viele Jahre Chefredakteur der Tageszeitung Standard und gründete vor kurzem die Zeitschrift Phoenix.

Sie sind die, die innerhalb der Gruppe keinen Platz finden - und dafür von ihren MitschülerInnen noch bestraft werden: AußenseiterInnen.



Ausgegrenzt und verspottet

Es gibt SchülerInnen, für die die Schulzeit die Hölle bedeutet. Ihr größter Wunsch wäre es, unsichtbar zu sein, um den täglichen Schikanen ihrer MitschülerInnen zu entkommen. Was sie erleben, beschreibt ein Wort: Mobbing.

JENNIFER BENDELE

Sie werden belächelt, ausgegrenzt und verspottet. Für sie ist die Schulzeit die wohl schlimmste Zeit in ihrem Leben.

Die klassischen AußenseiterInnen gibt es zwar nicht, aber oft handelt es sich um Kinder, die schwächer oder schüchterner sind als ihre MitschülerInnen oder aus einem Elternhaus kommen, das teure Statussymbole nicht erlaubt. Aber auch begüterte Eltern schützen nicht davor, von den KlassenkollegInnen ausgegrenzt zu werden. Diese Ausgegrenzten durchleben jeden Schultag die Hölle.

Drangsalierung. Sie werden meist von mehreren MitschülerInnen verbal oder körperlich angegriffen. Gehen diese Tyrannen über einen

längeren Zeitraum, wird von Mobbing (von to mob: angreifen, anpöbeln) oder Bullying (engl. für tyrannisieren) gesprochen. Die gemobbten Personen geraten in eine untergeordnete Rolle, aus der sie sich in den seltensten Fällen alleine herauskämpfen können.

Gemobbte Kinder leiden oft unter Kopfweh oder Magenschmerzen, Schlaf- oder Essstörungen, Depressionen und Selbstmordgedanken. Ausgelöst von dem Gefühl, nicht zur Gruppe zu gehören. Infolge dessen ziehen sich die Betroffenen immer mehr in ihre eigene Welt zurück, leben isoliert oder suchen sich virtuelle FreundInnen im Internet. Oft vermindern sich auch die schulischen Leistungen. Entweder aus der Angst heraus, als StreberIn beschimpft zu werden – oder noch schlimmer, weil die Lehrperson als Komplizin der TäterInnen gesehen wird.

Gerade das Internet hat die Situation von Gemobbten noch verschlimmert, da die Beleidigungen dort dokumentiert und archiviert werden können. Mit dem Aufkommen der Social-Network-Seiten wie Facebook oder Studi/SchülerVZ ist auch sogenanntes Cyber-Mobbing entstanden, Personen werden auf ihren persönlichen Seiten beleidigt.

Großbritannien erschütterte im September der Fall der 15-jährigen Holly Grogan, die sich von einer Brücke in den Tod stürzte, weil sie die Beleidigungen im Internet und in der Schule nicht mehr aushielt. Viele der Opfer begegnen den Drangsalierungen mit autoaggressivem Verhalten. Grogan ist das dritte junge Mädchen, das sich in den letzten zwei Jahren in Großbritannien aufgrund von Mobbing umbrachte.

Hilfeschrei. Neben diesem Cyber-Mobbing ist auch „Happy Slapping“ sehr verbreitet. Dabei wird eine Person von mehreren TäterInnen ohne Vorwarnung körperlich angegriffen und dabei gefilmt. Solche Videos kursieren im Internet zuhauf.

Es lässt sich auch ein Zusammenhang zwischen Mobbing und Amokläufen feststellen. Bei vielen Schula-mokläufen ähnelt sich die Biografie der -zumeist- Täter: Es handelte sich um Außenseiter, die gehänselt wurden, kaum FreundInnen hatten, denen die Schuld für ihr Einzelgängertum selbst zugeschrieben wurde und die frühzeitig von der Schule abgegangen sind. Irgendwann ändert sich das Gefühl des Nicht-dazu-Gehörens in eines des Nicht-mehr-dazu-gehören-Wollens. Ein Amoklauf

Fortsetzung auf der nächsten Seite ▶

► ist oft der erste (und meist auch letzte) Akt des Aufbegehrens gegen TäterInnen.

Was kann ein „Opfer“ tun, um sich aus seiner Rolle zu befreien? In der Regel nur sehr wenig. Wehren sich die Opfer nicht, werden sie als „Weichei“ abgestempelt, wehren sie sich, gelten sie als die Verschrobenen, die keinen Spaß verstehen. Oft hilft am Ende nur ein Schulwechsel, durch den das Opfer schon

wieder verliert und die TäterInnen indirekt belohnt werden.

Ein besonders guter Nährboden für Mobbing sind hierarchisch klar reglementierte Strukturen wie die Schule und die Armee. In diesen Strukturen fällt es besonders schwer zu fliehen.

Es gibt keinen klassischen Täter-Innentyp. Vielmehr ist es so, dass immer eine ganze Gruppe den Psy-

choterror zulassen muss. Es gibt die These des schwedischen Psychologen Dan Olweus, dass vor allem besonders selbstbewusst auftretende SchülerInnen gerne das Mobbing anstiften, während die etwas unsicheren, schüchternen zu MitläuferInnen werden.

Es geht den TäterInnen dabei um die Ausübung von Macht. Einer Macht, die sie nicht mehr abgeben wollen. MobberInnen haben laut Olweus generell eine positivere Einstellung zu Gewalt als DurchschnittsschülerInnen. Ein klärendes Gespräch zwischen Opfer, TäterInnen, den Eltern und LehrerInnen führt meistens sogar zu einer Verschlimmerung der Lage des Opfers. TäterInnen fühlen sich ihrer Machtposition angegriffen und wollen nach solchen Gesprächen die Hierarchie wieder herstellen.

Die LehrerInnen wissen oft nicht, wie sie mit mobbenden SchülerInnen umgehen sollen. Nicht selten werden solche Übergriffe gar nicht wahrgenommen, und was nach der Schule oder im Internet passiert, geht an den LehrerInnen meist völlig vorbei. Das Problem des Mob-

blings ist ihnen zwar bekannt, wird aber selten erkannt, und wenn doch, zu einem Zeitpunkt, zu dem es vielleicht schon zu spät ist, um noch etwas an der Situation zu ändern.

Rollenspiele. Als positiv haben sich Rollenspiele herausgestellt, bei denen Freiwillige aus einer Klasse die Rolle der AußenseiterInnen übernehmen und aus dem Raum geschickt werden. In ihrer Abwesenheit werden die anderen Kinder gebrieft, nun besonders unfreundlich und ausgrenzend zu ihnen zu sein. Diese Rollenspiele brauchen nur wenige Minuten, um die Kinder zum Weinen zu bringen. Ziel dieser Übung ist die Entwicklung von Empathie; das Mitgefühl und Einfühlungsvermögen gegenüber anderen soll erlernt werden – also etwas, dessen Grundstein ganz früh in der Kindesentwicklung gelegt wird. Fehlt dieses Mitgefühl, ist es beinahe unmöglich, dass Kinder dies noch von ihren LehrerInnen innerhalb der Strukturen des regulären Unterrichts erlernen. ◀

Die Autorin studiert Politikwissenschaft in Wien.



REZENSION

David Schalko: Weiße Nacht

Es war nach der Folge von „Willkommen Österreich“, in der Stermann und Grissemann sich über den verstorbenen Jörg Haider und seinen schluchzenden Pressesprecher Stefan Petzner lustig gemacht haben. Da kam David Schalko die Idee zu dem blumig-schwülstigen Roman über zwei ungleiche Lebensmenschen. Stefan Petzner alias Thomas und der Messias-gleiche Jörg Haider einfach als „er“. Wenn David Schalko für Stefan Petzner denkt, dann hört sich das so an:

„Wir lachten wie kleine Kinder, die der Welt einen gemeinsamen Streich gespielt hatten. Plötzlich hielt er inne, schüttelte den Kopf und kam langsam näher. Wie ein Fuchs, der hinter seinem Bau hervorlugte. Er näherte sich meinem Ohr, hielt die Nase nur einen Hauch entfernt. Ich konnte seinen warmen Atem spüren. Wie ein sanfter Wellengang am See. Lebkuchen.“

Absatz.

„Und er flüsterte: ‚Eternity, Thomas.‘“

Eternity. Wie eine Ewigkeit fühlt es sich auch an, die 134 Seiten von *Weiße Nacht* durchzuackern. 134 Seiten geballter Trash, schleppende Schilder-

ungen einer mystisch-faschistoiden Märchenwelt. Pseudo-dramatische Handlungsstränge führen durch ein pseudo-absurdes Kärnten, gequälte No-Na-Wortwitze führen einen Absatz zum nächsten. Mit jeder Seite, die umgeblättert wird, wird das Seufzen der LeserInnen tiefer und gequälter. Kurzum: *Weiße Nacht* ist grottenschlecht.

Doch der Autor wäre nicht David Schalko, wenn das nicht seine Intention gewesen wäre. Dass er dabei leider nicht wahnsinnig witzig ist, mag eine andere Geschichte sein. Jedenfalls lehnt er sich mit dem „Experiment“, wie es der Falter nennt, ziemlich weit hinaus. Nicht unbedingt deswegen, weil er die Liaison Petzner-Haider ins Lächerliche zieht (wie originell ist das heute noch?), sondern weil er den LeserInnen damit sehr viel zumutet. „Mein Buch lehnt sich an die Heimatromantik der 1930er-Jahre an. Ich habe die faschistoiden, verkitschten, esoterischen Bilder übernommen.“ Blaue Bergseen, grüne Wiesen, zwitschernde Vögel, dazwischen die „Landesmutter“, mit der sie auf die Jagd gehen, das Projekt eines „Endless Summers“ für ganz Kärnten. Doch nur wenige Menschen haben den Heimatroman der 1930er Jahre vermisst. Er zieht sich wie ein Strudelteig. Daran ändert auch die brisante

homoerotische Beziehung von Jörg Haider und Stefan Petzner nichts.

Beeindruckend ist alleine das Durchhaltevermögen, mit dem Schalko alle Klassen der Schundliteratur in dem Roman vereint: Heimatroman, Groschenroman, esoterische Ratgeber, bis hin zu Karl Mays Winnetou-Büchern. Der Mix aus Spaßkultur, Esoterik, Katholizismus und Deutschtümelei zeichnet ein originelles Bild der modernen „Rechten“ und trifft mitten ins sonnige Herz von Haiders Kärnten. Nicht so, wie es realpolitisch war, aber so, wie es phantastischer Weise sein könnte.

Leider geht die spannende Idee in den nicht enden wollenden Schilderungen jenes phantastischen Kärntens unter. Das Buch macht einfach keinen Spaß. Ursprünglich hat Schalko *Weiße Nacht* als Kurzgeschichte geschrieben. Dabei hätte er es belassen sollen. ◀

Rezensiert von Anna Sawerthal

*David Schalko, Weiße Nacht
Czernin 2009, 134 S., 16,90€*





Foto: MTS

Multi Tasking Sistas

Sie heißen BaghiRah, Miss Def, Oh'Laek, Mag-D und Nora MC - und sie teilen eine große Leidenschaft: HipHop. Die fünf Rapperinnen aus Wien bilden gemeinsam mit DJ Amin die erste, nahezu rein weibliche HipHop-Band Österreichs: MTS, die *Multi Tasking Sistas*. Im Interview mit PROGRESS sprachen die MC's über ihre Erfolge, Ziele und die Vorurteile, denen frau in der männerdominierten HipHop-Szene begegnet.

PROGRESS: Wofür steht MTS?

MISS DEF: *Multi Tasking Sistas* steht vor allem für die Vielseitigkeit der Crew, da wir fünf Rapperinnen sind, die alle sehr unterschiedliche Styles haben. Dadurch bereichern wir uns gegenseitig.

NORA MC: Wir sind vor allem eine Vereinigung verschiedener Styles und unterschiedlicher Zugänge zum Rap. So nach dem Motto „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“ entsprang aus dieser Konstellation eine einzigartige Mischung.

Wie lebt es sich als Frau in der von Männern dominierten Szene?

BAGHIRAH: Es lebt sich nicht schlecht, aber es könnte noch besser sein. Nach meiner Idealvorstellung sollte man körperliche Unterschiede als Potenzial und Werkzeug zu schätzen wissen. In Bezug auf Frauen und Rap gibt es noch immer Vorurteile, dazu möchte ich aber sagen, dass ne-

gative, teils sexistische Kommentare nicht nur von männlicher Seite kommen.

OH'LAEK: Man wird immer in gewisse Schubladen gesteckt. Aber von den Menschen, deren Meinung mir wichtig ist, bekomme ich konstruktives Feedback, und das ist auch durchaus positiv. Wenn sich irgendwelche Leute über meine Brüste unterhalten wollen, von mir aus – ich finde sie auch toll!

Habt ihr eigentlich mehr weibliche als männliche Fans?

NORA MC: Ich denke, es hält sich die Waage. Das Wichtigste ist, dass das Publikum abgeht, wenn wir live spielen, egal welches Geschlecht!

OH'LAEK: Ich würde sagen, dass unser Publikum ziemlich bunt gemischt ist. Und irgendwie ist der Männeranteil im Publikum doch immer überwiegend, das ist normal für die HipHop-Szene. Im Moment genießen wir halt doch so

einen gewissen „Exoten-Status“, böse Zungen würden dazu jetzt wahrscheinlich „Frauenbonus“ sagen.

Euer größter Erfolg?

MISS DEF: Als wir unser Album *Multitask* zum ersten Mal in den Händen gehalten haben. Die viele Zeit und Energie, die wir in unser Baby reingesteckt haben, dann das Ergebnis zu sehen und zu wissen, dass es die Mühe wert war.

Welche Ziele habt ihr noch?

NORA MC: Viel live auftreten und unser Album präsentieren.

MAG-D: Möglichst viele gute Auftritte, CDs verkaufen und neue Tracks machen!

Das Interview führte Denise Hruby.

ZWEIMAL HINGEHÖRT



The Rural Alberta Advantage | *Hometowns*

LUKAS: Kaum beschwere ich mich, dass heute irgendwie keiner mehr Schlagzeug spielen kann und mir die ewig gleichen öden Standardrhythmen jede noch so gute Band verderben, wird mir gesagt, ich soll doch mal hier Reinhören. Danke! Dass die restliche Bandbesetzung auch noch alles richtig macht, ist mir erst später aufgefallen. Netter Indie-Folk mit wunderschönen Momenten, wobei es auch durchaus einmal etwas wilder werden kann. Empfehlenswert

NIKI: The RAA schreiben ihrem Heimatstaat verzwickte-elegante Hymnen und singen sich über bekannte musikalische Grenzen hinaus. Tanzbare Rhythmen und melancholisch-pointierte Lyrics zeichnen hoffnungsvolle Impressionen einer trostlosen kanadischen Landschaft. Sänger/Gitarrist Nils Edenloff reiht sich mit *Neutral Milk Hotels* Jeff Mangum und John Darnielle von *The Mountain Goats* sicherlich unter den schönsten nervigen Stimmen der Indie-Musik ein. Trabende Disco-Beats eines Ausnahmeschlagzeugers, eine dreckig verzerrte Akustikgitarre und Natur aus dem Synthesizer – Dance-Folk vom Feinsten und ganz frisch!



Monsters Of Folk | *Monsters Of Folk*

LUKAS: Nein, also es tut mir leid, ich würde diese Platte wirklich gerne lieben, aber ich schaff's nicht. Da können Connor Oberst und seine diesmal gleichgestellten Kumpane noch so gut sein und wie hier ausgezeichnetes Songmaterial vorlegen, aber dieses immer wiederkehrende Country-Feeling, dass sich auch schon auf den späteren *Bright Eyes* Alben einzuschleichen begann, ist einfach nicht mein Fall. Wen das jedoch nicht stört und wer mit dem sonstigen Schaffen der Mitwirkenden vertraut ist, kann bedingungslos zugreifen.

NIKI: Der verkorkste Soul einer verstaubten Zeit scheint die Monster auf dieser Platte geradezu durchdrungen zu haben. Männerchöre übermalen eingängige Melodien und entlocken den HörerInnen ein westlich-sehnendes Seufzen. Trotzdem wartet an jeder Kurve dieses heulenden Roadtrips eine Überraschung, wodurch sich die Herren keiner Kategorie unterordnen und ehrlichen Spaß an der Experimentierfreudigkeit zeigen. Ein historisches Erstlingswerk eines genialen Kollektivs, das sich sein musikalisches Bekenntnis zu einer vergangenen Zeit verträumt und schmunzelnd an die Banner heftet.



Lukas Eichberger studiert Ernährungswissenschaften in Wien

Niki Hofmüller studiert Germanistik und Anglistik in Wien

Geduldig in die neue Zeit

Kommentar von Anneliese Rohrer

S Sind die Jungen in Österreich – Studenten, Schüler und alle anderen – schuld an der bedrohlichen Situation am Medienmarkt und damit an der Gefährdung der Demokratie in der Zukunft? Wenn man den jüngsten Äußerungen des erfahrenen Journalisten Heinz Nußbaumer glauben möchte, dann wäre das so. Er sieht nämlich die aktuellen Probleme des Journalismus langfristig als solche der Demokratie generell. Was aber sollten die Jungen damit zu tun haben?

Die Argumentationskette der Antwort verläuft so: Wenn Junge nur mehr Gratiszeitungen konsumieren und sich im Internet herumtreiben, entziehen sie langfristig jenen Medien die wirtschaftliche Grundlage, deren Aufgabe es wäre, viel Geld in kritischen Journalismus als Korrektiv unerwünschter Entwicklungen im demokratischen Gefüge zu investieren. Schließlich lamentieren eben diese Medien seit geraumer Zeit über den wirtschaftlichen Schaden, der ihnen durch Gratisprodukte und das Web entstehe und begründen ihre verschiedenen Spar- und Einsparprogramme damit. Tatsache ist, dass Nußbaumer recht hat, weil keine gefestigte Demokratie auf der Welt ohne kritische Medien abgesichert werden kann. Tatsache ist aber auch, dass sich in Österreich seit ungefähr zehn Jahren – also ab einem Zeitraum, der außerhalb des Erinnerungsvermögens der meisten Studenten liegt – so etwas wie eine Interessensgemeinschaft zwischen Politik und Medieninhabern zur Zurückdrängung des kritischen Journalismus etabliert hat. Politiker wollen es möglichst unkritisch, Verleger wollen es möglichst billig, eben weil ihre wirtschaftliche Situation unter Druck des Internet geraten ist. Die meisten von ihnen glauben, sich investigativen Journalismus, weil zu teuer, nicht mehr leisten zu können.

Das alles geschah unter kräftiger Beihilfe der Gewerkschaft, die Umbrüche im Mediengeschehen einfach verschlafen und nicht rechtzeitig mit einer Änderung des Kollektivvertrages reagiert haben, der nur Privilegien aus einer ganz anderen Medienwelt absichert, den jungen Journalisten in Wahrheit aber nur Nachteile bringt. Weil Verleger sich auf eben diese unzeitgemäßen Privilegien nicht mehr einlassen wollen, verweigern sie den Jungjournalisten die Anstellung und somit die Absicherung, die aber wiederum Voraussetzung für den Mut zur Kritik, zur demokratiepolitischen Wachsamkeit und zum Unbequemen ist.

Den Jungjournalisten ist der geringste Vorwurf zu machen. Sie versuchen nur, in einer Medienwelt zurecht zu kommen und Fuß zu fassen, die ihnen zwar eine Quantität an Zeilenproduktion, aber keine Qualität in Kompetenz und Sachkenntnis abverlangt. Die Zeit für Recherche, Vorbedingung für kritische Auseinandersetzung mit Ereignissen und Entwicklungen, wird nicht honoriert und daher auch nicht aufgebracht. Weil es unter den genannten Bedingungen für viele junge Journalisten aber eben um das materielle Überleben geht, werden in den meisten Fällen demokratiepolitische und ethische Überlegungen zurück- oder gar verdrängt. Wenn Medieneigentümer und Medienmanager aus den verschiedensten Gründen – einige davon aus Rücksicht auf die Politik und ihre Vertreter – an investigativen Journalismus gar nicht mehr interessiert sind, werden die jungen Journalisten nicht darauf bestehen können oder wollen.

In die Pflicht sind Politik, Verlage und eben auch die Journalistengewerkschaft zu nehmen. Sie handeln seit Jahren demokratiepolitisch extrem fahrlässig und kurzfristig. Der Einheits-



Foto: Godany

brei mancher Nachrichtenproduktionen kann auf Dauer keine wirtschaftliche Absicherung der Produkte sein. Politiker, die heute über den Mangel an kritischer Betrachtung ihrer Arbeit jubeln, werden ihn morgen, wenn andere an der Macht sein werden, beklagen. Die Funktionäre der Gewerkschaft versündigen sich an der nächsten Journalisten-Generation.

Schon zeichnet sich in den angelsächsischen Ländern trotz einer viel brutaleren Medienlandschaft eine Gegenbewegung ab. Sie wird mit einiger Verspätung Österreich erreichen. Darauf sollten sich junge Journalisten vorbereiten. Dafür sollten sie mit Kompetenz und Sachkenntnis gewappnet sein. Das könnte dann ihre Zeit werden. ◀

Die Autorin war lange Jahre Chefin des Ressorts für Innenpolitik der Tageszeitung Die Presse.

IMPRESSUM

PROGRESS – Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, Ausgabe 1/2009, Erscheinungsmonat: Oktober

MedieninhaberIn: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

HerausgeberInnen: Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger, Benedikt Ruß

ChefInnenredaktion: Lucia Bischof, Saskia Reimerth, Wolfgang Zwander

RedakteurInnen dieser Ausgabe:

T. Aigner, J. Bendele, J. Dearing, L. Eichberger, A. Fanta, J. Goetz, N. Hofmüller, D. Hruby, C. Kröpfl, E. Maltchnig, M. Maltchnig, Y. Pick, C. Prohaska, A. Rohrer, A. Sawerthal, J. Schmid, K. Schönhofer, J. Soyka, G. Sperl, N. Strobl, S. Tacha, K. Wilding

Lektorat: A. Palienko, A. Steiner

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Cover-Fotos: D. Novotny, **Dossier-Fotos:** J. Syen, **Ressortcover-Fotos:** J. Kolda

Inserate: Öffentlichkeitsreferat

Artikelvorschläge können per E-Mail oder auf den regelmäßigen Redaktionssitzungen eingebracht werden. Kontakt siehe unten.

Gratis-Abo anfordern! www.oeh.ac.at

Telefon: 01/310 88 80-61

E-Mail: progress@oeh.ac.at

Web: www.oeh.ac.at/progress

Auflage: 100.000 Stück

Druck: Leykam, Neudörfel

ESNA .

Die Europäische Agentur für Hochschulnachrichten

WIEVIEL BILDUNG BRAUCHT DIE SCHWEIZ?

Das Alpenland schmiedet Zukunftspläne für das Jahr 2030. Ende September wurde das Weißbuch „Zukunft Bildung Schweiz“ vorgestellt. Diese Expertise rät, für über zwei Drittel eines Jahrgangs die Hochschulen zu öffnen (zur Zeit sind es 50-60 %), um damit den „Pool der Begabungen“ besser auszuschöpfen. Es gelte, die Breite zu stärken, um die Spitze zu fördern. Der Anteil der Bildungsausgaben am Inlandsprodukt soll auf 10 % gesteigert werden.

Die internationalen Autoren des Weißbuchs empfehlen desweiteren, an einer „Wersteigerung der Bildungsmarke Swissness“ zu arbeiten und die föderalen Strukturen im Bildungsbereich einer grundlegenden Analyse zu unterziehen, deren „kleinteiliger Partikularismus“ die Binnenmobilität hemmt und sich negativ auf Attraktivität und Transparenz des Bildungsraumes Schweiz auswirkt. [815]

Das Weißbuch, Sept. 2009

FRANKREICH: MARSCHBEFEHL FÜR DIE „OPÉRATION CAMPUS“

Alle zwölf Campus-Universitäten, die Nicolas Sarkozy zur Präsidentschaftswahl in 2007 zu internationalen Exzellenzzentren auszubauen versprach, sind ausgewählt. Fünf Mrd. Euro aus der Teilprivatisierung des Stromkonzerns EDF werden nun verwandt, um Hochschulen und Forschungsinstitute in engeren Kooperationseinheiten zusammenzufassen, um sie, wie Alain Bravo sagt, „in die Top Ten der Weltranglisten“ zu katapultieren. Alain Bravo leitet die Stiftung „Triangle de la physique“, die Teil der neuen Campus-Universität Saclay ist. Saclay ist das mit 840 Mio. Euro größte geförderte Projekt, das 23 Einrichtungen im Großraum Paris umfasst.

Fürs Protokoll eine kritische Stimme: Marc Champesme, Generalsekretär der französischen Hochschulgewerkschaft SNE-SUP, ist besorgt, „dass durch die Schaffung dieser ‚Supercampi‘ die anderen Universitäten Gefahr laufen zu verschwinden.“ [875]

Opération Campus auf der Website des Wissenschaftsministeriums (auf Französisch)

PRAKTIKUM BEI
ESNA

im Rahmen von LEONARDO / ERASMUS

Die europäische Agentur für Hochschulnachrichten ESNA in Berlin schreibt drei Praktikumsplätze im Bereich Journalismus, Öffentlichkeitsarbeit und Übersetzung aus.

Bewerber können sich zweisprachige Bachelors und Absolventen aus den entsprechenden Fächern.
Dauer: 3 bis 6 Monate Start: Anfang 2010
Bewerbungsschluss: 30. November 2009

Motivationsschreiben und CV an:
Karl-Heinz Kloppisch jr.
recruiting@esna.tv
+49 30 848579-20

www.esna.tv

BRITISCHE LOBBYISTEN WÜNSCHEN SICH „QUALITÄTSSTUDENTEN“

Schwer lässt sich die Simulation freier Marktwirtschaft aufrecht erhalten, wenn einem zu 1/3 vom Staat und zu 2/3 von den Privathaushalten finanzierten Sektor* die Quellen versiegen. Der eben veröffentlichte CBI-Report drängt daher auf „Qualität statt Quantität“, d. h. auf höhere Gebühren und selektivere Stipendienvergabe – wodurch weniger Studenten an die Universitäten kämen, die mehr einbrächten.

Die einflussreiche britische Lobbyorganisation der Industrie und Hochschulen CBI nimmt mit dieser Publikation die erste politische Weichenstellung zu den Parlamentswahlen im Juni 2010 vor, in denen beide Parteien gern über Studiengebühren schweigen würden.

Der Präsident der Nationalen Studentengewerkschaft NUS Wes Streeting nennt den Report zynisch: „Statt zu tüfteln, wie man die Studenten noch besser ausweiden kann, sollte CBI bei sich selbst suchen, was es ins Hochschulsystem einbringen kann.“ [903]

CBI Report, Sept. 2009 | NUS-Pressmitteilung, Sept. 2009 | * „Cross-country comparison of cost-sharing in Higher Education“, Astrid Schwarzenberger, HIS, 29.02.2008 (alles auf Englisch)

NIEDERLANDE: UMSTRITTENE ENTLASSUNG DES DOZENTEN TARIQ RAMADAN

Die Entlassung Tariq Ramadans als Gastdozent der Erasmus-Universität (EUR) und als Integrationsberater der Stadt Rotterdam beschäftigt die niederländische Öffentlichkeit weiter. Im August wurde dem gebürtigen Schweizer und Enkel des Begründers der ägyptischen Muslimbrüder Hassan al-Banna fristlos gekündigt, weil er von London aus die vom iranischen Staat finanzierte Sendung PressTV moderiert.

Die öffentliche Meinung darüber ist geteilt in Holland, das viel auf sein multikulturelles Selbstverständnis hält. Nicht der Inhalt seiner Lehrtätigkeit war der Grund für die Kündigung, weswegen zwanzig Rotterdamer Dozenten in einem offenen Brief dagegen protestiert und Professoren aus Amsterdam vorgeschlagen haben, ihn an ihre Uni zu berufen. Für Kritiker Ramadans ist seine Nähe zum antisemitischen iranischen Regime jedoch inakzeptabel. [840]

Stellungnahme Tariq Ramadans, 13.08.2009 | Pressemitteilung der EUR, 19.08.2009 (auf Englisch)



MITTEN IM LEBEN

Trendy für euch:

- * Unsere Classic Mensa-Menüschiene
- * Choice - unser Mensa-Markt
- * M-Cafés - Treffpunkt für den ganzen Tag
- * Mensa c.d. - Catering Departement

Mehr Infos unter:
www.mensen.at



MITTEN IM LEBEN





www.oeh.ac.at



Politik, die wirkt. Service, das hilft.